ausgabe 4.2014 | www.mehr-demokratie.de

mdmagazin

ZEITSCHRIFT FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

TITELTHEMA

MEHR DEMOKRATIE IN DIE KOMMUNEN!

MEHR DEMOKRATIE !

STOP TTIP und CETA!
Startschuss für die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative!

Seite 4

Demokratiebewegung in Südostasien
In Taiwan und Hongkong fordern die Menschen mehr Demokratie.

Seiten 20 und 22

Die Macht der Stasi
Ralf-Uwe Beck erinnert an die Angst-Macht der Überwachung

Seite 22

INHALT

EUROPA
4 JETZT ERST RECHT!

KOMMUNEN
8 DIE KOMMUNEN ZUERST!
10 SCHULDEN BREMSEN PER VOLKSENTSCHEID

BUNDESLÄNDER
12 OFFEN FÜR TRANSPARENZ
14 LÄNDERTELEGRAMM

KURZ NOTIERT
16 DEMOKRATIE-NACHRICHTEN MIT TERMINEN VOR ORT

EUROPA
17 MIT DIREKTER DEMOKRATIE GEGEN DIE KRISE

WELTWEIT
20 HONGKONG FORDERT FREIE WAHLEN
22 TRANSPARENZ, DEMOKRATIE, MITBESTIMMUNG

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE
24 AKTION WEST/OST

25 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION
26 DAS RÄDERWERK DER ANGST

LESERBRIEFE
29 EINE ANTWORT AUF „KRIM, DONEZK, KATALONIEN …“ UND EIN AUFRUF ZUR GRÜNDUNG EINES AK RECHT

UNSERE AKTIVEN
30 DIESES MAL: HEINZ-DIETER TÖLLER

TITELFOTO **MICHAEL VON DER LOHE**, LINKS OBEN **ULRIKE SCHMIDT (CAMPACT)**, LINKS MITTE **MAX CHU (FLICKR)**, LINKS UNTEN **BUNDESARCHIV, BILD 183-1990-0528-033 / WOLFGANG KLUGE**

Liebe Leserinnen und Leser,

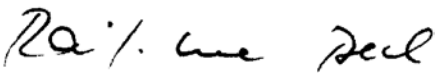
vor 25 Jahren – in diesem Herbstfrühling ’89 – sind die Menschen erst in die Kirchen und von da aus auf die Straßen und Plätze gezogen. Sie haben sich von der Bevormundung und aus diktatorischen Verhältnissen befreit. Sie haben demonstriert für das tägliche Brot der Demokratie, für freie und geheime Wahlen, Presse- und Versammlungsfreiheit. Sie haben den aufrechten Gang geübt. Die Ahnung von einem selbstbestimmten Leben war für einen Moment das bestimmende Lebensgefühl. Dabei haben sich die Menschen gegenseitig zugetraut, gemeinsam für ihr Land einzustehen.

An diese friedliche Revolution zu erinnern, heißt der Freiheit nach-zu-denken. Was bedeutet uns die Freiheit? Genügt es, frei wählen zu können, wofür wir unser Geld ausgeben? Frei werden wir doch erst sein, wenn wir die Bedingungen, unter denen wir leben, selbst bestimmen können. Für diese Freiheit sind die Menschen seinerzeit auf die Straße gegangen. Dieser Freiheit hängt Mehr Demokratie an. Und um diese Freiheit geht es, wenn wir um die direkte Demokratie ringen.

Hier wird die Luft nach oben hin immer dünner. Auf kommunaler Ebene und in den Ländern gibt es hier und da und zunehmend faire Mitbestimmungsrechte, auf Bundesebene fehlt die direkte Demokratie. Für unseren Einfluss in Brüssel gibt es die Europäische Bürgerinitiative (EBI), mehr nicht. Nun macht die EU-Kommission uns auch das noch streitig. Sie hat die von mehr als 240 Organisationen aus ganz Europa geplante EBI gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA abgelehnt – mit einer lausigen Begründung. Das ist ein dreister und heftiger Schlag ins Kontor der europäischen Bürgerschaft. Die Antwort kann nur heißen: Jetzt erst recht! Wir nehmen uns die Freiheit und sammeln wie geplant eine Million Unterschriften. Wir werden die EBI durchziehen, dann eben ohne Genehmigung. Gleichzeitig wollen wir die Entscheidung der EU-Kommission angreifen und vor den Europäischen Gerichtshof ziehen. Wir können nicht dieses dürre Instrument EBI noch weiter abmagern lassen. Viele Menschen in Europa sind bereit, die Demokratie zu verteidigen. Das werden wir zeigen. Wir werden es der EU-Kommission zeigen!

Dieses Heft schlägt einen weiten Bogen – von Erinnerungen bis zu den aktuellen Aktionen, von Deutschland und Europa bis nach Südostasien. Im Kern geht es um das, was in Sonntagsreden schnell über die Lippen kommt, aber wofür weiter und immer wieder zu kämpfen ist: die Freiheit.

Mit herzlichen Grüßen



Ihr Ralf-Uwe Beck

Ralf-Uwe Beck,
Bundesvorstandssprecher von
Mehr Demokratie.

JETZT ERST RECHT!

Die skandalöse Nichtzulassung der Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“ zeigt, wie weit die Europäische Union noch von demokratischen Verfahren entfernt ist. Wir lassen aber den Kopf nicht hängen, sondern starten nun eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative.

TEXT **DR. MICHAEL EFLER**
FOTOS **FKPH (RECHTS), ULRIKE SCHMIDT/CAMPACT (S.6)**

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA sind Projekte, die auf EU-Ebene vorangetrieben werden. Deshalb lag es nahe, das einzige EU-weite Instrument direkter Demokratie, eine Europäische Bürgerinitiative (EBI), zu nutzen, um unseren Widerstand gegen die undemokratischen Abkommen zum Ausdruck zu bringen. Als wir begannen, die EBI zu planen und ein europaweites Bündnis dafür aufzubauen, war uns natürlich klar, dass die Entscheidung der EU-Kommission über die Registrierung der EBI eine entscheidende Hürde darstellt. Deshalb haben wir uns darauf intensiv vorbereitet. Wir beauftragten den renommierten Völkerrechtler Prof. Dr. Bernhard Kempen, für uns zu prüfen, ob die EBI „Stop TTIP“ zulässig sei. Sein Rechtsgutachten kommt zu dem Ergebnis: Ja, sie ist zulässig. Auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestages, der unabhängig von uns diese Frage geprüft hat, erklärte eine EBI zum TTIP und zu CETA für grundsätzlich möglich. Um ganz sicher zu gehen, haben wir dann im Mai bei der EU-Kommission eine informelle rechtliche Vorprüfung angefragt. Entgegen vorheriger Zusicherungen bekamen wir darauf nie eine Antwort. Doch mit zwei positiven Studien im Rücken beschlossen wir, es zu wagen und haben am 15. Juli den Antrag auf Registrierung gestellt.

Die EU-Kommission hat die Zwei-Monats-Frist zur Prüfung fast vollständig ausgeschöpft. Dann hat sie uns eine Ablehnung geschickt. Zwei Gründe nannte die Behörde für ihre Entscheidung: Zum einen sei ein Verhandlungsmandat (ein Teil der EBI „Stop TTIP“ richtete sich darauf, das Verhandlungsmandat für TTIP aufzuheben) lediglich ein „interner Vorbereitungsakt“, der keine

Michael Efler im Interview anlässlich der Vorstellung der EBI „Stop TTIP“ am 14. Juli in Brüssel.

Rechtswirkung nach außen entfalte. Und zum anderen wäre es nicht möglich, mit einer EBI den Nicht-Abschluss eines internationalen Abkommens zu fordern (so lautete unsere Forderung zu CETA). Das ist absurd: Wir dürfen Rechtsakte vorschlagen – aber Rechtsakte, die wir für schlecht halten, dürfen wir nicht kritisieren und ihre Aufhebung fordern? Was die Kommission beschließt, darf also nur bejubelt werden? Diese Begründung ist nicht nur hochgradig formalistisch und rechtlich angreifbar, sie würde sich – wenn sie Bestand hätte – gravierend auf die Reichweite der EBI insgesamt auswirken.

Juristisch angreifbar ist die Entscheidung vor allem deshalb, weil der Beschluss des Europäischen Rates, ein Verhandlungsmandat zu erteilen oder zurückzuziehen, zweifelsohne ein Rechtsakt ist. Und eine EBI kann den Erlass eines Rechtsaktes fordern – unabhängig davon, ob dieser direkte Auswirkungen auf die Bürger/innen hat oder nicht. Denkt man die Begründung der EU-Kommission zu Ende, wäre zukünftig eine Einflussnahme der Bürger/innen auf Verhandlungen im gesamten Bereich der internationalen Abkommen – nicht nur Handels- und Investitionsabkommen – nicht mehr möglich. Noch nicht einmal durch ein rechtlich nicht bindendes Instrument wie die EBI! Es bliebe lediglich die Möglichkeit, eine EBI auf die Kündigung eines abgeschlossenen Abkommens zu richten. Dies wäre aber auch nur dann möglich, wenn der entsprechende Vertrag eine Kündigungsklausel enthält und politisch dürfte ein solcher Ansatz ohnehin wenig erfolgversprechend sein. ►

Flashmob gegen das TTIP in Hamburg bei einer CDU-Veranstaltung mit Angela Merkel.

Demokratie wird kleingeschrieben

Die Ablehnung der EBI reiht sich ein in eine ganze Kette von problematischen Maßnahmen und Verhaltensweisen der EU-Kommission, die zeigen, dass ihr an Mitsprache der Bürger/innen und der Mitgliedsstaaten wenig gelegen ist. Mitten in den Sommerferien Anfang August verkündete sie öffentlich den Abschluss der CETA-Verhandlungen mit Kanada, obwohl zahlreiche Mitgliedsstaaten nach wie vor Bedenken gegen einzelne Vertragsinhalte haben. Nachverhandlungen lehnt die EU-Kommission – die den Verhandlungsauftrag von den nationalen Regierungen bekommen hat – aber ab. Und bis heute hält sie daran fest, dass CETA kein gemischtes Abkommen sei und damit nicht von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden müsse, obwohl die große Mehrheit der Mitgliedsstaaten dies anders sieht. Offensichtlich soll der Freihandel mit allen Mitteln durchgesetzt werden – demokratische Kontrolle durch Parlamente oder Bürger/innen steht da nur im Weg.

Ein solches Vorgehen wird das ohnehin stark gesunkene Vertrauen in die Europäische Union kaum steigern. Das liegt weiterhin im Keller, wie nicht zuletzt die Europawahl gezeigt hat. Die Wahlbeteiligung ist erneut gesunken, trotz der Spitzenkandidaturen um das Amt des Kommissionspräsidenten, die als großer Schritt hin zu mehr Einfluss des EU-Parlamentes verkauft wurden. Gleichzeitig erhielten rechtsradikale und europaskeptische Parteien so starken Zulauf wie nie und drohen zur bestimmenden Kraft in Europa zu werden. Umso unverständlicher, dass die Kommission Wasser auf die Mühlen derjenigen gießt, die mit Europa wenig zu tun haben wollen.

Wie geht es jetzt weiter?

Im Bündnis war von Anfang an klar, dass wir die Ablehnung nicht hinnehmen werden. Es ist dem großen europaweiten Bündnis gelungen, sich innerhalb kürzester Zeit auf zwei zentrale Maßnahmen zu einigen: Wir werden gegen die Ablehnung der EBI-Registrierung vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) klagen. Diese lausige Begründung können wir nicht durchgehen lassen – rein aus Selbstachtung, aber auch, um zukünftigen EBI nicht den Spielraum zu verbauen.

Aktive von Mehr Demokratie auf dem Berliner Kollwitzplatz.

Da ein EuGH-Verfahren im Schnitt 18 Monate dauert, kann dies nicht die einzige und auch nicht die zentrale Reaktion bleiben. Deshalb werden wir die EBI nun selbstorganisiert durchführen. Schließlich ist schon alles vorbereitet – die Unterschriftenlisten sind geschrieben, das Online-Sammelsystem so gut wie fertig. Wir werden auch ohne Genehmigung der EU-Kommission mindestens eine Million Unterschriften sammeln und wir werden auch die Länderquoren erfüllen, wie es die Richtlinie für eine erfolgreiche EBI vorsieht. Wir sehen dies als einen urdemokratischen Akt der bürgerschaftlichen Selbstermächtigung an. Wir warten nicht darauf, dass uns Mitbestimmung von oben geschenkt wird, sondern wir nehmen sie einfach in unsere eigenen Hände!

Die Devise heißt also: „Jetzt erst recht!“ Die Kampagne startet mit nur leichter Verzögerung Anfang Oktober. /

Dr. Michael Efler
Bundesvorstandssprecher und Mitglied im Bürgerausschuss der Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“.

MITMACHEN!

Unterschreiben:
Die selbstorganisierte EBI unterschreiben können Sie online unter www.mehr-demokratie.de/stoppttip.html Wenn Sie lieber auf Papier unterschreiben wollen, können Sie Unterschriftenlisten bestellen unter 030-420 823 70.

Weitersagen:
Unter www.mehr-demokratie.de/stoppttip.html finden Sie rechts auch Unterschriftenlisten und weitere Informationen zum Download.

Material bestellen:
Sie können sich auch Sammelflyer mit den wichtigsten Infos zu TTIP und CETA und Unterschriftenlisten zuschicken lassen. Bestellen Sie unter 030-420 823 70 oder ttip@mehr-demokratie.de

Bündnis-Website:
Für weitergehende Informationen auch aus den anderen EU-Ländern besuchen Sie die Kampagnenwebsite des europaweiten Bündnisses:
www.stop-ttip.org

DIE KOMMUNEN ZUERST!

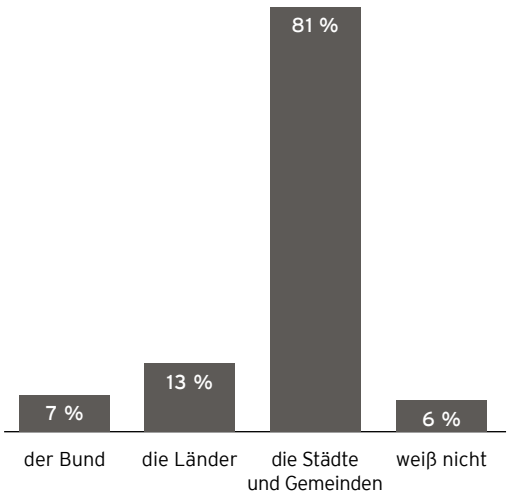
Mehr Demokratie hat einen neuen Arbeitskreis für dezentrale Demokratie gegründet. Er soll eine Strategie erarbeiten, um die Kommunen ins Zentrum der Demokratie zu rücken (siehe **md**magazin Nr. 101). Warum ist das so wichtig?

TEXT **KARL-MARTIN HENTSCHEL**
GRAFIK **FORSA (AUFTRAG DES DBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION, 2010)**

Die Meinung der Bürger/innen ist eindeutig: Sie haben sechs Mal mehr Vertrauen zu ihrem Bürgermeister als zu ihren Bundestagsabgeordneten. Das Vertrauen in den Landtag liegt dazwischen. Auch andere lokale Einrichtungen, ob Sparkasse oder Stadtwerke, genießen weitaus mehr Vertrauen als die Deutsche Bank oder e.on. Nicht nur das Vertrauen in die Politiker/innen ist größer, sondern auch das in die Wirksamkeit des eigenen Handelns. Die Menschen mischen sich auf lokaler Ebene schneller ein, weil die Politik vor Ort leichter zu durchschauen ist. Und die Ergebnisse sind leichter zu kontrollieren.

Umso ärgerlicher ist die Tatsache, dass die Demokratie in Deutschland ausgesprochen kopflastig ist. 64 Prozent der Staatsausgaben erfolgen auf Bundesebene. 20 Prozent geben die Länder aus und jämmerliche 16 Prozent die Kommunen. Und die Mittel der Kommunen sind auch noch weitestgehend durch Bundes- und Landesgesetze festgelegt. Kreistage dürfen teilweise über weniger als zehn Prozent des Haushaltes entscheiden. In den meisten Belangen handelt die Kreisverwaltung als untere Landesbehörde – die gewählten Kreistage können den Haushalt nur abnicken.

Wer sollte mehr Geld aus dem Steueraufkommen erhalten?



Anmerkung: Prozentzahlen gesamt über 100 Prozent, da Mehrfachnennungen möglich.

Dass dies keinem Naturgesetz folgt, zeigen die Schweiz und Dänemark. Dort verfügen die Kommunen und Regionen über 65 beziehungsweise 58 Prozent aller staatlichen Mittel. In Dänemark gestalten die Bürgermeister/innen und Gemeinderäte das gesamte soziale Leben des Staates: Kitas, Altenpflege, Schulen, Arbeitsverwaltung, Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr – all das liegt in der Hand der Kommunen und Regionen, die obendrein ihre Steuereinnahmen selbst bestimmen können. In Deutschland dagegen sind viele Gemeinderäte frustriert – sie dürfen seit Jahren nur noch den Mangel verwalten und über Einsparungen entscheiden.

Wenn wir mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung und mehr Akzeptanz von Politik erreichen wollen, müssen wir den Staatsaufbau vom Kopf auf die Füße stellen und die Kommunen ins Zentrum der Demokratie rücken. Kommunen müssen mehr Kompetenzen und mehr Geld bekommen. Sie brauchen eine eigene Steuerhoheit, damit sie eine starke eigenständige Rolle spielen können.

Kommunale Steuerhoheit und Finanzausgleich

Bei dem Stichwort „Steuerhoheit" der Kommunen und der Länder gehen bei vielen Politiker/innen die Warnlampen an. Sozialpolitiker/innen befürchten einen Dumpingwettbewerb um die niedrigsten Steuern. Andere glauben, man könne den Kommunen nicht mehr Verantwortung geben, weil dann noch mehr Unsinn gebaut und beschlossen würde. Und wieder andere glauben, dass alles besser wird, wenn noch mehr zentral geregelt wäre und nicht jedes Land oder gar jede Kommune andere Regeln einführt.

Es reicht ein Blick zu unseren Nachbarn in Skandinavien, um die Befürchtung eines Steuerdumpings zu entkräften. In Schweden und Dänemark sinken seit 30 Jahren die Einnahmen des Zentralstaates. Die Steuerquote der Kommunen und Regionen hat sich dagegen in der gleichen Zeit mehr als verdoppelt. Auf Gemeindeebene sind die Bürger/innen offensichtlich viel eher bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn es um „ihre" Schule, „ihr" Pflegeheim oder „ihr" Theater geht. Sie sehen direkt vor Ort, was mit ihrem Geld geschieht. Skandinavische Kommunen sind überwiegend über

die Einkommensteuer finanziert, die von den Stadt- und Gemeinderäten festgelegt wird. So stimmen die Wähler/innen bei den Kommunalwahlen nicht nur über wohlfeile Wünsche ab, sondern gleichzeitig auch darüber, wie die geplanten Projekte zu finanzieren sind. Und erstaunlicherweise haben sie immer wieder auch Steuererhöhungen für ihre Gemeinde zugestimmt.

Wichtig bei einem solchen System: Das Geld muss im Ort verbleiben. In Deutschland ist das nämlich ein Problem: Als Schleswig-Holstein die Abgabe für die Ölförderung an der Nordsee um 100 Millionen Euro erhöhte, weil es damit seine Kitas besser finanzieren wollte, durfte das Land nur vier Millionen davon behalten, der Rest floss in den Länderfinanzausgleich. Wer hat dann noch Lust, die Einnahmen zu erhöhen? Auch beim kommunalen Finanzausgleich entsteht der Eindruck, dass diejenigen etwas dazu bekommen, die besonders viel ausgegeben haben. Umgekehrt fühlen sich viele Städte mit gigantischen sozialen Problemen allein gelassen. Deswegen ist ein transparenter und fairer Finanzausgleich eine Grundvoraussetzung für mehr Steuerhoheit der Kommunen.

Auch die Art der Steuer, die den Kommunen zugute kommt, ist für eine erfolgreiche Selbstverwaltung zentral. In Deutschland bildet die Gewerbesteuer eine wichtige Säule der Kommunalfinanzen. Die ist im Gegensatz zur Einkommenssteuer extrem schwer zu kalkulieren. Viele Kommunen hängen von den Gewinnen weniger Unternehmen ab. Nicht selten entscheidet sogar das Wohl und Wehe einer einzigen großen Firma über die finanzielle Lage einer Gemeinde. Oft hat diese dann einen erheblichen Einfluss auf die kommunale Politik, besonders wenn auch noch Angehörige der Firma im Gemeinderat sitzen.

Wenn sich die Kommunen überwiegend durch die Einkommenssteuer finanzieren, bedeutet das zunächst einen Vorteil für Kommunen mit überwiegend reichen Einwohner/innen. Hier kommt der Finanzausgleich ins Spiel. Er wird in Skandinavien anhand von Strukturdaten berechnet, etwa der Zahl der Kinder, Rentner/innen, Arbeitslosen, der Höhe des Durchschnittseinkommens und anhand geografischer Faktoren wie Klima, Insellage oder Bergland. Daraus ergeben sich die Zuweisungen, die jede Kommune von der Zentralregierung bekommt. Dies soll die Unterschiede in der Steuerkraft ausgleichen, damit überall die gleichen Lebenschancen existieren. Die Höhe der Zahlungen bleibt gleich, egal, wie viel oder wie wenig Steuern eine Kommune erhebt. Wenn also die Bürger/innen dafür stimmen, eine neue Schule zu bauen und dafür die Steuer zu erhöhen, dann wissen sie, dass das Geld zu hundert Prozent in ihrer Kommune bleibt.

Kommunen machen bürgernahe Politik

Natürlich gibt es auch im Norden Fehlinvestitionen. Allerdings herrscht größere Transparenz, weil die Ausgaben und die Arbeitsweise einer Kommune leichter zu durchschauen sind. Wenn eine Kommunalbehörde Unsinn macht oder sich bürgerfeindlich verhält, dann spricht sich das schnell herum. Bürgermeister/in und Gemeinderat werden in die Pflicht genommen und müssen reagieren. Dagegen prallt Kritik an einer Bundesbehörde wie beispielsweise der Arbeitsverwaltung schlicht ab, und die Angestellten verweisen auf Anweisungen aus der fernen Zentrale in Nürnberg.

Kommunen setzen andere Prioritäten als der Zentralstaat. Selbstständig handelnde Länder und Kommunen investieren oft mehr in die Menge und Qualität ihrer öffentlichen Dienstleistungen – von der Bildung bis zum öffentlichen Verkehr und von der Gesundheit bis zur Polizei. In Deutschland dagegen stecken Länder und Kommunen in einem komplexen System von sogenannten Kofinanzierungen fest: So manche Straße wird nur deswegen gebaut, weil Land, Bund und Europäische Union 75 Prozent der Kosten übernehmen. Gemeinden, die frei und autonom über ihre Finanzen entscheiden könnten, würden möglicherweise ganz andere Schwerpunkte setzen.

Bürgerbeteiligung – Bürgerentscheide

Die Beteiligung der Bürger/innen an kommunalen Angelegenheiten darf sich natürlich nicht auf die Kommunalwahlen beschränken. Die große Mehrzahl der Menschen fordert laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung, dass bei großen Investitionen Bürgerentscheide durchgeführt werden sollten. Derzeit leiden sowohl die direkte Demokratie als auch die ehrenamtlichen Gemeindevertreter/innen darunter, dass die Kommunen kaum noch etwas zu entscheiden haben. Dabei beweisen die Erfahrungen beispielsweise in Bayern und in der Schweiz, wo finanzwirksame Bürgerentscheide möglich sind, wie sehr diese Themen den Bürger/innen am Herzen liegen. Planungsvorhaben zum Straßenbau oder Bebauungspläne sind mit Abstand der häufigste Anlass von Bürgerentscheiden. In einigen Kantonen und Gemeinden der Schweiz sind sogar Bürgerentscheide zwingend vorgeschrieben, wenn eine Gemeinde Schulden aufnehmen will. Das Ergebnis ist erstaunlich: Die Verschuldung dieser Gemeinden liegt deutlich niedriger. Die Bürger/innen stimmen eher für eine Erhöhung der Steuern als für die Aufnahme neuer Schulden. Oder sie verzichten auf eine Baumaßnahme.

Eine einmalige Chance!

Der Zeitpunkt, eine solche Reform in Deutschland anzuschieben, ist günstig: Die Bundesregierung bereitet eine grundlegende Reform des Föderalismus vor. Bisher verhandelt sie darüber ausschließlich mit den Landesregierungen. Doch nur wenn alle Ebenen gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch sitzen, an dem die Eckpfeiler unserer Republik – die Aufgabenverteilung und die Finanzverteilung – neu justiert werden, nur dann besteht eine Chance, die Demokratie in Deutschland vom Kopf auf die Füße zu stellen. /

MITMACHEN!
im Arbeitskreis „Dezentrale Demokratie". Interessierte melden sich bitte bei: karl.m.hen@gmail.com

Karl-Martin Hentschel
Mitglied des Bundesvorstands von Mehr Demokratie, Autor des Buchs „Von wegen alternativlos! – Die gerechte Gesellschaft als Ziel", Europa Verlag, Zürich 2013.

SCHULDEN BREMSEN PER VOLKSENTSCHEID

Die hohe Verschuldung der Städte und Gemeinden ist ein Systemproblem der indirekten Demokratie. Finanzreferenden könnten Abhilfe schaffen.

TEXT **PROF. DR. HOLGER SCHIELE, ALEXANDER TRENNHEUSER**
FOTO **STEFAN BOHRER (GENERATION GRUNDEINKOMMEN)**

Laut des Deutschen Städte- und Gemeindebunds ist rund die Hälfte aller Kommunen von faktischer Zahlungsunfähigkeit bedroht. In Nordrhein-Westfalen etwa sind 91 Prozent der Kommunen und Kreise verschuldet. Offenbar gelingt es im bestehenden Verwaltungssystem regelmäßig nicht, einen nachhaltig ausgeglichenen Haushalt hervorzubringen. Die indirekte parlamentarische Demokratie offenbart hier eine besondere Schwäche: Kompromisse zwischen diversen Interessen führen häufig dazu, dass alle Wünsche Berücksichtigung finden, oft auf Kosten der Allgemeinheit und immer wieder finanziert durch die Aufnahme weiterer Schulden.

Wie kann systematisch und dauerhaft sicher gestellt werden, dass eine Gemeinde nur dann Schulden aufnimmt, wenn diese von der Bevölkerung als richtig und notwendig erachtet werden? Theoretisch sollten Politiker/innen, die ungerechtfertigt Schulden aufnehmen, einfach nicht wiedergewählt werden. Praktisch zeigt sich jedoch, dass kostenintensiver „Kuhhandel" insbesondere auf kommunaler Ebene immer wieder geschieht, fast unabhängig davon, wie gewählt wird. Damit ist die übermäßige Verschuldung auch eine Fehlfunktion der indirekten Demokratie.

Wir schlagen ein direktdemokratisches Instrument vor: das Finanzreferendum. Finanzreferenden sehen vor, dass bei einmaligen oder wiederkehrenden Ausgaben das Volk entscheiden kann oder soll. Ein fakultatives Referendum wird dann durchgeführt, wenn eine Mindestzahl von Bürger/innen dies mit ihrer Unterschrift fordert. Ab einer bestimmten Schuldensumme sollte automatisch ein Volksentscheid stattfinden (obligatorisches Referendum). Eine andere, in einigen US-amerikanischen Bundesstaaten praktizierte Variante: Kommunale Schuldverschreibungen müssen durch die Bürger/innen genehmigt werden. Denkbar ist auch, dass jeder nicht ausgeglichene Haushalt die Zustimmung der Wahlberechtigten benötigt. Im Kern geht es bei allen Formen des Finanzreferendums darum, dass diejenigen, die für die Ausgaben zahlen sollen, auch direkt entscheiden, ob sie diese Ausgaben in der vorgeschlagenen Form wünschen. Das hat mehrere positive Folgen. Zum Einen lassen sich auf diese Weise teure Partikularinteressen schlechter durchsetzen. Zum Anderen müssen Projekte auch realistischer kalkuliert werden! Desaster wie die Elbphilharmonie oder der Großflughafen Berlin-Brandenburg gedeihen eher in einem indirekten System, in dem in letzter Instanz niemand die Verantwortung trägt, aber alle bezahlen müssen.

Funktioniert das Instrument in der Praxis?

Etwa die Hälfte der Schweizer Kantone kennt Formen des Finanzreferendums, ebenso einige Bundesstaaten der USA. Daher gibt es nicht nur theoretische Überlegungen zu den Vorzügen von mehr Mitbestimmung in Finanzfragen, sondern auch zahlreiche empirische Untersuchungen. Sie kommen zu folgenden Ergebnissen:

Niedrigere Schulden mit Finanzreferenden:
Gemeinden, in denen Finanzreferenden abgehalten werden, haben je nach untersuchtem Zeitraum und Staat zwischen 33 Prozent und 45 Prozent weniger Schulden als solche, deren Haushalt Ergebnis eines parlamentarischen Interessensausgleichs ist, an dem die Bevölkerung nicht direkt beteiligt war. Dies gilt, wohl-

gemerkt, unter ansonsten gleichen Bedingungen: Die Studien berücksichtigen, ob eine Kommune in den Bergen oder im Flachen liegt, ob sie groß oder klein ist, arm oder reich, und weitere Faktoren.

Der Trend zu mehr Verschuldung schlägt weniger durch: Eine Schweizer Untersuchung zeigt, dass zwar auch direktdemokratisch geprägte Kommunen vom landesweiten Trend einer zunehmenden Staatsverschuldung erfasst wurden, er fiel jedoch um etwa drei Prozentpunkte geringer aus als in Kantonen ohne Finanzsouveränität. Ursache hierfür scheint auch zu sein, dass die Ausgaben in Kommunen mit Finanzreferendum je nach Studie zwischen 9 Prozent und 18 Prozent niedriger liegen.

Bessere Steuermoral und zufriedenere Bevölkerung: Natürlich sind diese Kriterien schlechter zu messen als objektiv vorliegende Verschuldungszahlen. Dennoch gibt es mehrere Untersuchungen, die übereinstimmend zu dem Ergebnis gelangen, dass in direktdemokratisch orientierten Kommunen eine bessere Steuermoral herrscht – was auch zur geringeren Verschuldung beiträgt. Es klingt eigentlich trivial: Menschen geben lieber ihr Geld für Dinge aus, die sie als sinnvoll erachten und bei denen sie mitentscheiden konnten. Die Bevölkerung solcher Kommunen scheint zudem im Durchschnitt zufriedener zu sein (siehe **md**magazin Nr. 98).

Freilich hat jede einzelne dieser Studien ihre Schwachpunkte. In Summe offenbaren die etwa 20 Untersuchungen jedoch eine klare Tendenz: Das Finanzreferendum kann das Verschuldungsproblem, das indirekt-parlamentarischer Haushaltsverabschiedung innewohnt, maßgeblich reduzieren.

Fazit

Das Finanzreferendum wird bislang in der deutschen Debatte wenig beachtet, dabei ist es ein zentrales Instrument der direkten Demokratie. Finanzreferenden legen die Genehmigung von Ausgaben denjenigen in die Hände, in deren Namen und von deren Geld sie getätigt werden: den Bürger/innen. Das trägt dazu bei, dass öffentliche Mittel effizient und nützlich eingesetzt werden und die Verschuldung der Kommunen langfristig sinken kann. /

WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

Feld/Kirchgässner: „Wirkungen direkter Demokratie – Was sagt die moderne politische Ökonomie?", in: Heussner/Jung (Hg.) „Mehr direkte Demokratie wagen" (2011), 3. Auflage, München: Ozlog, S. 417–430 und die dort zitierten Werke.

MITMACHEN!

im NRW-Arbeitskreis „Finanzreferendum". Interessierte melden sich bitte bei: holger.schiele@mehr-demokratie.de

Prof. Dr. Holger Schiele
Mitglied im Landesvorstand von Mehr Demokratie Nordrhein-Westfalen.

Alexander Trennheuser
Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie und Geschäftsführer von Mehr Demokratie Nordrhein-Westfalen.

TRANSPARENZ
SCHAFFT VERTRAUEN

OFFEN FÜR TRANSPARENZ

Am 6. Oktober geht das Informationsregister online, zu dem sich Hamburg durch sein Transparenzgesetz verpflichtet hat.

TEXT **ANGELIKA GARDINER** FOTO **MARIA FECK**

Gregor Hackmack übt sich in Vertrauen. „Wir gehen mal davon aus, dass die Behörden alle relevanten Dokumente online stellen. Ob das wirklich zutrifft, kann erst die Praxis erweisen", sagt der 36jährige vom Hamburger Mehr Demokratie-Landesvorstand. Hackmack war Vertrauensperson der Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen", die in der Hansestadt ein nicht nur für Deutschland bisher einzigartiges Transparenzgesetz angeschoben hat. Etwas vorsichtiger fügt er hinzu: „Die Umsetzung scheint sehr professionell zu laufen. Und viele Behördenmitarbeitende wirken richtig motiviert."

In Hamburg ist genau das passiert, wovon Demokrat/innen träumen: Bürgerinnen und Bürger formulieren einen Gesetzentwurf, sammeln Unterschriften für ihren Vorschlag, das Landesparlament ist davon angetan und verhandelt auf gleicher Augenhöhe, dann wird das Gesetz beschlossen und umgesetzt – fertig. Ohne große Widerstände und Kämpfe, ohne Meinungsstreit und Diffamierung. Als erstes Bundesland hat die Hansestadt nun ein Transparenzgesetz, das Schluss macht mit dem Amtsgeheimnis. Per Knopfdruck geht am 6. Oktober 2014 das zentrale Informationsregister mit Tausenden von Dokumenten online und wird von diesem Tag an für alle zugänglich sein. Wer sich für ein bestimmtes Schriftstück einer Hamburger Behörde interessiert, kann es wie bei Google über die Stichwortsuche finden und kostenfrei einsehen. Ob die Verwaltung dadurch „gläsern" wird, muss sich allerdings noch zeigen.

Die Initiatoren von Mehr Demokratie, Transparency International und Chaos Computer Club können selbst kaum fassen, wie glatt „ihr" Gesetz alle Hürden passierte. Die Voraussetzungen waren aber auch so perfekt wie selten. Beim Unterschriftensammeln musste nur das Stichwort „Elbphilharmonie" fallen, schon schrieben sich Passant/innen in die Listen ein. Derart gigantische und undurchsichtige Bauvorhaben wollte niemand mehr haben. Hamburgs Politiker/innen wiederum beäugten misstrauisch den Aufschwung der Piratenpartei, die den Etablierten die nächste Wahl zu verhageln drohte. Dann noch die Aussicht auf einen Volksentscheid am Wahltag – es war klar, dass die Parlamentsparteien alt aussehen würden, wenn sie versuchen sollten, sich gegen mehr Transparenz zu stemmen. Da auch Hamburgs Datenschutzbeauftragter für das Projekt war, setzte sich das Landesparlament an die Spitze der Bewegung und verordnete der Stadt den fälligen Sprung in die Moderne, noch bevor es zum Volksbegehren kam.

Trotz aller Harmonie gab es auch Anfangsprotest. Vor allem die Handelskammer reagierte empört: Es sei bis dato nicht üblich gewesen, Gesetze ohne ihre Mitwirkung zu erlassen. Das Transparenzgesetz sei in Hinterzimmern ausgekungelt worden, behauptete Präses Fritz Horst Melsheimer und übersah dabei geflissentlich, dass er Gesprächsangebote der Initiative nicht einmal beantwortet hatte. Bis heute ist ungeklärt, ob die „mittelbare Staatsverwaltung", zu der auch die Handelskammer gehört, genau wie Behörden ihre Dokumente im Internet veröffentlichen soll. Von den 43 öffentlichen Unternehmen und Organisationen, die dafür in Frage kommen, haben immerhin zwei angekündigt, freiwillig mitzumachen.

Die Verwaltung hatte zwei Jahre Zeit, um sich fit zu machen für die neue Ära. Es gab Seminare, Vorträge, Videoclips und die Erkenntnis, dass Transparenz auch den Kommunikationsfluss zwischen Behörden erleichtert. Die Stadt richtete einen Arbeitsstab ein, um die technische und juristische Herausforderung zu bewältigen, und dazu einen Beirat, der den Aufbau des Informationsregisters fachkundig begleitete. Zu den Sitzungen waren auch Vertreter/innen des Bündnisses „Transparenz schafft Vertrauen" eingeladen. Helena Peltonen vom Hamburger Mehr Demokratie-Landesvorstand: „Bei diesen Treffen haben wir immer betont, dass es tatsächlich um einen Kulturwandel geht. Wir erwarten von den Verwaltungschefs, dass sie dies nach innen signalisieren und die Veröffentlichung von Dokumenten nicht blockieren. Auf jeden Fall werden wir wachsam bleiben."

Auch in Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz werden ähnliche Gesetze diskutiert. Ob und wann es dort gelingt, die Behörden zu mehr Transparenz zu verpflichten, wird auch davon abhängen, wie stark das Vorbild Hamburg in der Praxis überzeugt. /

Angelika Gardiner
Journalistin, langjähriges Mitglied und ehemals im Landesvorstand von Mehr Demokratie Hamburg.

LÄNDERTELEGRAMM

Baden-Württemberg

Der Gesetzentwurf zur Reform der Gemeindeordnung soll nach der Sommerpause kommen. Danach steht noch die Verfassungsreform an, die landesweite Volksabstimmungen erleichtern soll. Auch das Ausführungsgesetz muss vollständig überarbeitet werden. Der Landesverband wird die Reformen begleiten und dazu weitere Gespräche führen.

Ein Höhepunkt des Sommers war die TTIP-Tour durch zehn Städte mit zahlreichen guten Gesprächen. Im Anschluss an Abendveranstaltungen in Ulm und Göppingen wurden lokale Bündnisse gegründet.

Berlin

Am 25. Mai haben die Berliner/innen im fünften landesweiten Volksentscheid einer Bebauung des ehemaligen Flughafens Tempelhof eine Absage erteilt. Insgesamt 64,3 Prozent der Abstimmenden stimmten für den Gesetzentwurf der Initiative, der Masterplan des Senats unterlag damit deutlich. Da die Abstimmung am Tage der Europawahl stattfand, wurde das Zustimmungsquorum von 25 Prozent locker erreicht. Der Energie-Volksentscheid war am Quorum gescheitert, weil er nicht an eine Wahl gekoppelt war (siehe **md**magazin Nr. 100). Deshalb fordert Mehr Demokratie, dass Abstimmungen immer auf Wahltermine gelegt werden sollen, solange das Quorum besteht und innerhalb eines Korridors von acht Monaten eine Wahl stattfindet.

Die SPD-Fraktion ist in einen Dialog mit der Zivilgesellschaft über direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung eingetreten. Sie will ein Referendum über die Olympiabewerbung, wofür die Verfassung geändert werden müsste. Der Koalitionspartner CDU zögert noch. Mehr Demokratie will diese Diskussion für eine vernünftige Weiterentwicklung der direkten Demokratie nutzen.

Brandenburg

Vor der Landtagswahl am 14. September hat Mehr Demokratie einen Kandidatencheck zu Reformen der direkten Demokratie auf Kommunal- und Landesebene veröffentlicht und auf einer Tour durch einzelne Wahlkreise mit vielen Bürger/innen und den Kandidierenden vor Ort über den Ausbau der direkten Mitbestimmung gesprochen.

Mit dem Wahlergebnis sind sowohl eine rot-schwarze als auch weiterhin eine rot-rote Koalition möglich – das war zum Redaktionsschluss noch offen. Unter Beteiligung der CDU sind Erleichterungen der direkten Demokratie unwahrscheinlich. Die LINKE hat sich im Kandidatencheck sehr stark für den Ausbau der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene ausgesprochen. Vor allem für Erleichterungen bei Bürgerbegehren und -entscheiden wird Mehr Demokratie sich in den kommenden Wochen und Monaten einsetzen.

Bremen

Die Gewerkschaft ver.di hat im Mai die Kampagne „Müllabfuhr in Bürgerhand“ gestartet. Eigentlich wollte ver.di die Rekommunalisierung per Volksbegehren und Volksentscheid erreichen. Dies geht aus rechtlichen Gründen nicht auf direktem Weg. Deshalb sammelt die Gewerkschaft jetzt für zwei Anliegen Unterschriften: Per Bürgerantrag will ver.di die Rekommunalisierung der Müllabfuhr auf die Tagesordnung der Stadtbürgerschaft setzen und den Senat auffordern, dafür binnen sechs Monaten ein Konzept zu erarbeiten. Dafür werden 4.000 Unterschriften benötigt. Gleichzeitig braucht der Zulassungsantrag für ein Volksbegehren „Müllabfuhr in Bürgerhand“ bis Ende August 5.000 Unterschriften, damit per Volksbegehren und -entscheid die rechtliche Grundlage für die Rekommunalisierung, ein Kommunalunternehmensgesetz, beschlossen werden könnte.

Hamburg

Das Transparenzgesetz steht kurz vor dem Praxistest (siehe Artikel Seite 13). Nun sind die Bürger/innen gefragt, das Informationsregister, Herzstück des Gesetzes, auf Vollständigkeit und Nutzbarkeit zu überprüfen.

Der Landesverband erarbeitet aktuell zwei verfassungsändernde Gesetzentwürfe. Einer zielt auf die Einführung

obligatorischer Referenden für Verfassungsänderungen, wie es sie in Bayern und Hessen schon gibt, der andere auf die Schaffung eigenständiger Bezirke (siehe **md**magazin Nr. 101). Beide sollen per Volksinitiative umgesetzt werden. Die Anmeldung ist im Januar 2015 geplant.

Hessen

Mehr Demokratie befindet sich in Gesprächen mit der schwarz-grünen Landesregierung, nachdem diese eine Reform des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid angekündigt hatte.

Niedersachsen

4.666 Unterschriften hat der Landesverband seit Juni für die Kampagne „Faire Bürgerentscheide" gesammelt. Ziel der Kampagne: eine weitgehende Reform für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Die Tour durch 14 Städte mit vielen Gesprächen mit Bürger/innen und Abgeordneten erbrachte eine gute Resonanz. Für September und Oktober sind weitere Aktionen geplant, um mindestens auf 5.000 Unterschriften zu kommen und darüber hinaus weitere Unterstützer/innen zu gewinnen. Sobald der Landtag über die Reform berät, werden die Unterschriften mit einer Aktion in Hannover eingereicht.

TIPP Den Aufruf „Faire Bürgerentscheide in Niedersachsen" können Sie auch online unterschreiben: http://bremen-nds.mehr-demokratie.de/faire-be-in-nds.html

Nordrhein-Westfalen

Nach der Kommunalwahl am 25. Mai hat die SPD vorgeschlagen, erneut eine Sperrklausel einzuführen mit der Begründung, zu viele Fraktionen behinderten die Interessenvertretung der Bürger/innen. In 14 von 23 kreisfreien Städten und in drei Kreistagen sitzen seit der Wahl jeweils mindestens zehn Parteien oder Wählergruppen. Statt der 1999 vom Verfassungsgerichtshof gekippten Fünf-Prozent-Hürde will die SPD jetzt eine Drei-Prozent-Klausel. Mehr Demokratie lehnt dies ab, denn die Funktionsfähigkeit der Räte und Kreistage ist bisher nirgends gefährdet.

Seit April kürt das Transparenz-Bündnis „NRW blickt durch" den „Heimlichtuer des Monats" (siehe **md**magazin Nr. 101). Im Mai wurde die rot-grüne Landesregierung ausgezeichnet, weil sie Abgeordneten der Opposition Informationen über das so genannte Effizienzteam vorenthält. Das Team soll Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erarbeiten und Förderprogramme prüfen. Preisträger im Juni war die Hagener Versorgungs- und Verkehrs GmbH, die Sponsoringbeträge nicht offenlegen will. Sieben Kreise, die sich weigern, Entsorgungskosten für Hausmüll zu nennen, sind die Preisträger im Juli. Die Aktion zeigt, wie dringend Nordrhein-Westfalen ein Transparenzgesetz braucht.

Rheinland-Pfalz

Die vom Landtag eingesetzte Enquetekommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie" wird am 14. November 2014 ihren Abschlussbericht verabschieden und ihn im Januar 2015 im Plenum einbringen. Reformen sind dringend nötig, denn seit 1947 gab es in Rheinland-Pfalz noch keinen einzigen Volksentscheid. Deshalb tourte der Landesverband knapp zwei Wochen lang durch Rheinland-Pfalz, um Unterschriften für seinen Aufruf „Faire Volksentscheide in Rheinland-Pfalz" zu sammeln. In allen besuchten Städten sprach sich eine große Mehrheit der Standbesucher/innen für direkte Demokratie aus. Viele Beispiele von Fehlplanungen und Fehlinvestitionen wurden diskutiert, die mit einen Volksentscheid oder Bürgerentscheid vielleicht hätten verhindert werden können.

TIPP Den Aufruf „Faire Volksentscheide in Rheinland-Pfalz" können Sie online unterschreiben: www.mehr-demokratie.de/rlp_aufruf.html

Schleswig-Holstein

Der Sonderausschuss Verfassungsreform des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat sich im Juni darauf geeinigt, die Hürde für Volksbegehren von bisher 120.000 Unterschriften (rund fünf Prozent) auf 80.000 zu senken und das Zustimmungsquorum für einfache Gesetze von 25 auf 15 Prozent zu reduzieren. In der ersten Lesung wurde von fünf Fraktionen die gute Zusammenarbeit und hilfreiche Unterstützung durch Mehr Demokratie erwähnt. Im Gespräch ist auch, die freie Sammlung für Volksbegehren zu ermöglichen und das Finanztabu zu lockern, allerdings gab es hierfür keine Zweidrittelmehrheit im Verfassungsausschuss. Die zweite Lesung findet im September 2014 statt.

Außerdem bereitet die Landesregierung derzeit einen Leitfaden für frühe Öffentlichkeitsbeteiligung vor, an dessen Ausarbeitung Mehr Demokratie sich beteiligt. Der Landesverband sieht darin den Erfolg von drei Jahren intensiver Zusammenarbeit mit allen sechs Fraktionen des Landtags. Er verzichtete bewusst auf Druck erzeugende Öffentlichkeitsarbeit und konzentriert sich auf Gespräche und fachliche Beratung.

Thüringen

Der Landesverband hat seinen Forderungskatalog für eine Reform der Bürgerbegehren geschärft. Bei einem Workshop, den die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit Mehr Demokratie im Juni veranstaltet hatte, hatten zahlreiche Initiativen aus ganz Thüringen ihre Erfahrungen mit den bisherigen Regeln auf den Tisch gelegt. Zur Sprache kam auch, wie die Verwaltungen mit den Initiativen und den Anträgen auf Bürgerbegehren umgehen. Die Liste der Defizite und des Reformbedarfs war bisher schon lang. Nun sind noch etliche Punkte hinzugekommen. Das Papier ist gerade rechtzeitig überarbeitet worden, um direkt nach der Landtagswahl an die Fraktionen zu gehen. Wir werden dran bleiben, bis das Parlament seine Hausaufgaben gemacht hat. Mit dem Volksbegehren 2008/2009 hatten wir eine Senkung der Hürden erreicht. Nun muss das gesamte Regelwerk modernisiert werden. /

TIPP Aktuelle Informationen aus den Landesverbänden finden Sie auch auf deren Internetseiten.

KURZ NOTIERT

Italien

Die Initiative „Stop Austerità“ hat gemeinsam mit dem italienischen Gewerkschaftsbund CGIL eine Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen den europäischen Fiskalpakt initiiert. Er verpflichtet alle 26 EU-Mitgliedsstaaten zu permanenten Sparmaßnahmen und war Teil des Gesetzespaketes, gegen das ein Bündnis um Mehr Demokratie 2012 Verfassungsbeschwerde einlegte. Für Italien bedeutet der Vertrag eine jährliche Haushaltskürzung von rund 45 Milliarden Euro. Die Initiative befürchtet, dass dadurch Geld für dringend notwendige Reformen fehle. Die Unterschriftensammlung endet am 30. September. Dann müssen mindestens 500.000 Unterschriften gesammelt sein, damit es zum Volksentscheid kommt. Es gilt ein Beteiligungsquorum von 50 Prozent.

Myanmar

Der Kampf um Demokratie in Myanmar ist in eine neue Runde gegangen. Fünf Millionen Menschen unterschrieben eine Petition der Partei „Nationalliga für Demokratie“ (NLD), die sich gegen den Verfassungsparagrafen 436 richtet. Er sichert den Militärs ein Viertel der Parlamentssitze und damit die Möglichkeit, gegen Verfassungsänderungen ein Veto einzulegen. Eine Verfassungsänderung, die der Opposition am Herzen liegt, ist die Abschaffung des Artikels 59. Der besagt, dass niemand, die oder der Ausländer in seiner direkten Familie hat, Präsident/in werden kann. Das zielt gegen die Gründerin der NLD, Aung San Suu Kyi, die sich für eine Kandidatur aufstellen lassen will. Ob und wann das Parlament über die Petition debattieren wird, war zu Redaktionsschluss noch offen.

Schottland

Am 18. September hat Schottland sich in einem Referendum gegen eine Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich ausgesprochen. Bereits 2012 hatten der britische Premierminister David Cameron und der Erste Minister der schottischen Regionalregierung, Alex Salmond, eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Auf die Frage „Soll Schottland ein unabhängiger Staat sein?“ antworteten 55,5 Prozent mit Nein – das sind mehr als zwei Millionen der 4,2 Millionen Stimmberechtigten. „Ja“ sagten nur 1,6 Millionen. Damit bleibt Schottland Teil Großbritanniens, darf jedoch trotz des Neins auf mehr Autonomie hoffen. Dies hatte Cameron vor dem Referendum versprochen. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,6 Prozent. Ein bestimmtes Quorum musste nicht erreicht werden.

TERMINE VOR ORT

Bayern

Die Landesmitgliederversammlung mit Vorstandswahlen findet am Samstag, 25. Oktober 2014 von 11 bis 17 Uhr im EineWeltHaus in München statt.
Ansprechpartnerin: Susanne Socher, erreichbar unter 08071-597 51 20 oder bayernbuero@mehr-demokratie.de

Bremen/Niedersachsen

Das nächste Landestreffen des Landesverbandes Bremen/Niedersachsen findet anders als bisher geplant nicht am Samstag, den 11. Oktober 2014 statt. Da wir an dem Tag keinen passenden Raum gefunden haben, wurde das Landestreffen verschoben auf Samstag, den 15. November 2014, dann von 11 bis 16 Uhr in den Räumlichkeiten des Oldenburger Computermuseums OCM, das direkt am Oldenburger Hauptbahnhof liegt.

Nordrhein-Westfalen

Die Mitgliederversammlung am 25. Oktober (11 bis 16:30 Uhr) wird einen neuen Landesvorstand wählen. Themen sind die aktuellen Kampagnen für faire Volksbegehren und ein Transparenzgesetz und die Europäische Bürgerinitiative gegen die Handels- und Investitionsverträge CETA und TTIP. Außerdem wird der 20. Geburtstag von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zwischen Rhein und Weser gefeiert.

Rheinland-Pfalz

Am 2. Oktober ist der Landesverband auf dem Fest zum rheinland-pfälzischen Demokratietag in Mainz auf dem ZDF-Gelände vertreten.

Die Landesmitgliederversammlung findet am 29. November 2014 in Kaiserslautern statt.

Lange Schlangen vor den eigens für das Referendum eingerichteten Wahllokalen in Thessaloniki.

MIT DIREKTER DEMOKRATIE GEGEN DIE KRISE

Mit einem selbstorganisierten Referendum gegen die Privatisierung der Wasserwerke setzt die griechische Stadt Thessaloniki ein eindrucksvolles Zeichen für mehr (direkte) Demokratie – und für eine demokratische Kontrolle der Daseinsvorsorge.

TEXT **CARSTEN BERG, FLORIAN SCHMITZ** FOTO **FLORIAN SCHMITZ**

Knapp zwei Millionen Menschen aus ganz Europa haben die erste europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist ein Menschenrecht“ unterstützt und damit ihre Forderung, die Wasserversorgung nicht zu privatisieren, bekräftigt (siehe **md**magazin Nr. 100). Die EU-Kommission wies die Forderung der EBI unter dem Hinweis zurück, dass diese Frage allein eine Angelegenheit der EU-Mitgliedstaaten sei und sie selbst in diesem Bereich keine rechtliche Zuständigkeit habe. Gleichzeitig drückt sie aber den krisengeschüttelten Ländern Südeuropas eine schmerzhafte Sparpolitik auf, zu der auch die Privatisierung öffentlicher Güter gehört. Dieser gravierende Widerspruch löst bei den Menschen nicht nur starke Gefühle der Ohnmacht und Wut aus, sondern auch Gegenwehr. In Thessaloniki haben sie beschlossen, diesem Problem mit direkter Demokratie zu begegnen und haben ein inoffzielles Referendum über die Wasserversorgung ihrer Stadt organisiert. Dass gerade in Griechenland mit seinen wenig bürger- und demokratiefreundlichen Strukturen eine solche Bewegung entsteht, grenzt an ein kleines Wunder.

Demokratische Renaissance

Die Idee dazu war nach den ersten Privatisierungsversuchen 2008 in diversen Gruppen entstanden. In Gang setzte den Prozess dann ein Aufruf der Bürgerbewegung „Soste to Nero“ (Rettet das Wasser). Ein Jahr lang bereiteten die Aktiven in Kooperation mit den Kommunen rund um die zweitgrößte Stadt des Landes ein Referendum vor, von dem sie sich sich vor allem Symbolkraft erhofften. Denn die griechische Gesetzgebung sieht in einem solchen Fall bislang keine offizielle Abstimmung vor – sprich, auch ein ▸

deutliches Ergebnis ist für die Regierung in Athen keinesfalls bindend. Zwar sieht die griechische Verfassung seit 2006 Elemente direkter Demokratie auch auf lokaler Ebene vor, aber bis heute gibt es keine Umsetzungsverordnung, die das Verfahren im Einzelnen regelt und damit praktisch anwendbar macht.

So blieb den Bürger/innen Thessalonikis keine andere andere Wahl, als die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen. Ein selbstorganisiertes Referendum bot die einzige Möglichkeit, die klare gesellschaftliche Mehrheit für den Erhalt der öffentlichen Wasserversorgung abzubilden, die durch Parlament und Regierungshandeln nicht mehr gespiegelt wurde. Die Abstimmung sollte am 18. Mai, dem Tag der Kommunalwahlen, stattfinden und wurde durch eine große Aufklärungskampagne angekündigt. Das Interesse war enorm, mehr als 1.500 freiwillige Abstimmungshelfer/innen standen bereit. Mehr als die Hälfte derjenigen, die bei den Kommunalwahlen abstimmten, votierten auch für oder gegen die Privatisierung der städtischen Wasserwerke. Das Ergebnis übertraf die kühnsten Erwartungen: Bei einer Wahlbeteiligung von rund 40 Prozent stimmten 98 Prozent gegen den Verkauf der gewinnbringenden Stadtwerke an die französische „Suez“ und die israelische „Mekorot“.

Insgesamt gaben 218.000 Bürger/innen ihre Stimme ab. Dabei hatte die griechische Regierung noch in letzter Sekunde versucht, das Referendum zu verhindern. Keine 24 Stunden vor Öffnung der Wahllokale ließ das Innenministerium verlautbaren, die Abstimmung sei aufgrund der Kopplung an die Kommunalwahl illegal. Die Aushändigung von Wahlzetteln wurde unter Strafandrohung verboten. „Das ist nur ein Bluff der Regierung“, kommentierte Juán Antonio Julián, Koordinator der aus ganz Europa angereisten Wahlbeobachter/innen. „Wir glauben sogar, dass dies der ganzen Sache noch einmal an Schub verliehen hat.“

Und er behielt Recht. Die Polizei griff nicht ein. Keine/r der internationalen Beobachter/innen meldete besondere Vorkommnisse. Sie lobten im Gegenteil die gute Organisation. Wegen des Verbots aus Athen wurden kurzfristig Änderungen nötig. Die Urnen mussten außerhalb der offiziellen Wahllokale positioniert und die Listen auf Vor- und Nachnamen reduziert werden, um jede Verbindung zu den Kommunalwahlen auszuschließen. Dennoch verlief die Abstimmung reibungslos.

Die Arbeit nach dem Erfolg

In den ersten Wochen nach der Abstimmung und dem eindeutigen Ergebnis äußerten sich weder Regierung noch TAIPED, die für den Verkauf zuständige griechische Treuhand. Erst Monate später verkündete TAIPED, der Verkauf sei auf Eis gelegt. Dazu hat das erfolgreiche Referendum entscheidend beigetragen. Zwei Wochen nach der Abstimmung entschied der Oberste Staatsrat, das griechische Verfassungsgericht, Wasser sei ein Kommunalgut und somit nicht privatisierbar. Er berief sich dabei auf die Artikel 5 und 21 der Verfassung, die die öffentliche Gesundheit zur Staatssache erklären. Damit verpflichtete das Gericht die Regierung, den Verkauf der Wasserwerke nicht nur in Thessaloniki, sondern auch in Athen zu unterlassen.

Das Referendum übertraf somit die erhoffte Symbolwirkung und hat in beeindruckender Weise gezeigt, dass Bürger/innen auch im Rahmen eines nicht offiziellen Volksentscheides Einfluss nehmen können. Doch bleibt abzuwarten, ob der Verkauf tatsächlich vom Tisch ist. Die Aktiven um ‚Soste to Nero’ zeigen sich zwar optimistisch, hegen aber dennoch Zweifel, ob Athen Wort hält. „Das Wasser wird auch in Zukunft im Visier der freien Marktwirtschaft stehen“, erklärt Jorgos Archontopoulos, Gewerkschaftsführer der Thessaloniker Wasserwerke. „Die Aktien befinden sich immer noch in der Hand von TAIPED und wir werden so lange kämpfen, bis mindestens 51 Prozent der Anteile zurück in staatlicher Hand sind.“

Mehr Transparenz, mehr Demokratie!

Eleanna Ioannidiou, Bürgerrechtsanwältin und Abgeordnete im Stadtrat von Thessaloniki, teilt die vorsichtige Freude

Mangels Räumen gab es auch Wahllokale unter freiem Himmel.

der Veranstalter. „Das Referendum hatte großen Einfluss, weil auch Bürger/innen, die auf der Seite der Regierung stehen, sich gegen den Verkauf ausgesprochen haben. Diese Stimmen will Athen nicht verlieren. Jetzt aber brauchen wir vor allem soziale Kontrolle über das Trinkwasser, um Transparenz herzustellen.“ Jana Tsokou von „Soste to Nero“ ist der gleichen Meinung: „Wir brauchen eine Initiative, die die Bürger/innen über den Zustand der Wasserleitungen und Trinkwasserqualität informiert, um so Kontrolle auszuüben.“ Sie wertet die Abstimmung nicht allein als Kampf um das Wasser, „sondern als Kampf um das Recht, überhaupt ein Referendum halten zu dürfen.“

An potentiellen Abstimmungsthemen mangelt es nicht. Die Troika verlangt von Griechenland den Verkauf vieler weiterer öffentlicher Güter, darunter Flughäfen, Häfen, Eisenbahnnetzwerke und auch nationale „Heiligtümer“ wie Inseln und Strände. Ein Gesetz, das in Berufung auf die Verfassung die griechische Küste zum Allgemeingut erklärt, wurde hinter verschlossenen Türen einkassiert. Erst zwei hochfrequentierte Online-Petitionen brachten die Regierung dazu, den Verkauf von Strandgrundstücken zu überdenken. Eine direkte Beteiligung der Bürger/innen könnte also endlich Bewegung in den ansonsten von Intransparenz, Korruption und Günstlingswirtschaft geprägten griechischen Verwaltungsapparat bringen. Gleichzeitig steigt die Hoffnung, dass die für jede/n unmittelbar greifbare Frage des Wassers so etwas wie eine europäische Protest- und Demokratiebewegung entstehen lässt. /

Florian Schmitz
freier Autor aus Thessaloniki. Bloggt unter www.eudyssee.net über die positiven und negativen Auswirkungen der Krise in Griechenland.

Carsten Berg
Leiter der „ECI Campaign“ (www.citizens-initiative.eu) für die erfolgreiche Einführung und Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative.

Zwei Tage nach dem Referendum, am 1. Juli 2014, gingen Hunderttausende in Hongkong für freie Wahlen und Demokratie auf die Straße.

HONGKONG FORDERT FREIE WAHLEN

Die Bürger/innen wehren sich gegen das undemokratische, von China dominierte Wahlsystem. Vor allem die jüngere Generation will mehr Mitbestimmung.

TEXT **NEELKE WAGNER** FOTO **ALCUIN LAI (FLICKR)**

Mit Demokratie hat Hongkong wenig Erfahrung. Jahrhundertelang war die Insel-Metropole Teil des chinesischen Kaiserreiches. 1841 wurde sie von Großbritannien besetzt und blieb bis 1997 dessen Kronkolonie. Seither ist Hongkong als Sonderverwaltungszone Teil der Volksrepublik China. Die Menschen genießen zwar mehr Freiheiten als ihre Landsleute auf dem Festland, aber freie und gleiche Wahlen gehören nicht dazu. Bis jetzt nicht. Denn gegen das undemokratische Wahlgesetz formiert sich Widerstand.

Massenproteste, Volksabstimmung

Am 1. Juli 2014 erlebte Hongkong eine der größten Demonstrationen seiner Geschichte. Am Jahrestag der Übergabe an China, traditionell der Tag der Demokratie-Märsche in der Millionenstadt, waren laut der Organisator/innen mehr als 500.000 Menschen auf der Straße, um de-

mokratische Wahlen zu fordern. Wesentlicher Motor der Demokratiebewegung ist die Gruppe „Occupy Central with Love and Peace“, die sich einem gewaltfreien, aber entschiedenen Kampf für einen demokratischen Wandel in Hongkong verschrieben hat. Sie gründete sich um den Rechtsprofessor Benny Tai. Er schlug in einem Zeitungsartikel Anfang 2013 zivilen Ungehorsam für den Fall vor, dass Peking kein allgemeines, freies und gleiches Wahlrecht in der Sonderverwaltungszone zulasse. „Occupy Central“ bezieht sich auf den Stadtteil „Central“, Sitz der meisten wichtigen Unternehmen und Finanzdienstleister der Inselstadt. Die Aktivist/innen wollen den Stadtteil blockieren, wenn China ihren Forderungen nicht nachkommt. Zwar hat China bereits zugestanden, dass der nächste Regierungschef 2017 direkt von den Hongkonger/innen gewählt wird – allerdings nur aus einer vom Nominierungsrat getroffenen Auswahl von Kandidierenden. Dieser Rat folgt treu den Vorgaben der chinesischen Zentralregierung, weswegen unabhängige oder chinakritische Personen wohl kaum als Kandidierende in Frage kommen.

Um zu zeigen, dass die Hongkonger Bevölkerung komplett freie Wahlen will, startete die Demokratiebewegung Ende Juni ein inoffizielles Referendum. Knapp 800.000 Menschen beteiligten sich daran – immerhin rund ein Fünftel der Wahlberechtigten. Mehr als 90 Prozent von ihnen sprachen sich für mehr Demokratie aus, knapp neun Prozent enthielten sich. Zur Abstimmung standen drei Optionen für ein demokratisches Wahlrecht ab 2017. Sie wurden zuvor in einer kleineren öffentlichen Abstimmung aus 15 eingereichten Vorschlägen ausgewählt.

Der Vorschlag des Bündnisses „Allianz für echte Demokratie“, der im Referendum die meisten Stimmen erhielt, sieht drei Möglichkeiten vor, als Kandidat/in für die Wahlen zugelassen zu werden: Entweder wird man vom Nominierungsrat bestimmt, oder man wird von einer im Legislativrat (dem Hongkonger Parlament) vertretenen Partei vorgeschlagen oder man kann Unterstützungsunterschriften von einem Prozent der Wählerschaft vorweisen.

Im zweiten Teil des Referendums sollten die Bürger/innen eine Empfehlung aussprechen, wie sich der Legislativrat verhalten solle, falls China freie Wahlen blockiert. Hier gab es die Möglichkeiten „Veto“, „kein Veto“ und „Enthaltung“. 88 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für ein Veto aus. Dass der Legislativrat dieser Empfehlung folgt, ist unwahrscheinlich. Seine Mitglieder werden nur teilweise vom Volk gewählt, die meisten von ihnen werden von Wahlkomitees oder direkt durch die Volksrepublik China ernannt. Deshalb hat die Demokratische Allianz, die das Referendum unterstützte, nur 40 Prozent der Sitze im Legislativrat inne, obwohl sie bei den letzten Wahlen eine Zweidrittelmehrheit holte.

Hongkongs Regierung spielt auf Zeit

Der amtierende Regierungschef Leung Chun-ying hält die im Referendum abgestimmten Vorschläge für illegal und folgt damit der Ansicht der chinesischen Zentralregierung. Auch mehrere internationale Unternehmen, darunter die vier weltweit bestimmenden Unternehmensberatungen, hatten vor „negativen Effekten auf die Wirtschaft“ gewarnt, sollte sich die Demokratiebewegung durchsetzen. Leung kündigte mehrfach an, hart gegen „Gesetzesbrecher“ vorzugehen, falls Occupy Central tatsächlich Besetzungen startet. Hunderte von Menschen wurden bereits bei der Demonstration am 1. Juli verhaftet. Occupy Central will zunächst abwarten, bis die Regierung ihre Vorschläge für die Wahlen 2017 veröffentlicht hat. So lange will das Bündnis weiter in der Bevölkerung für seine Forderungen werben – und dafür, aktiv zu werden, wenn China den Hongkonger/innen ein demokratisches Wahlrecht verweigert. /

DAS REFERENDUM IN KÜRZE

Das Meinungsforschungsinstitut der Universität Hongkong (Public Opinion Program, POP) und das Zentrum für Sozialpolitik der Technischen Universität Hongkong haben das Referendum im Auftrag von „Occupy Central“ organisiert. Abstimmen konnten alle Einwohner/innen Hongkongs über 18 Jahre, in Wahllokalen oder online, vom 22. bis zum 29. Juni. Zur Teilnahme war die persönliche Identifikationsnummer erforderlich. So konnten Doppelabstimmungen verhindert beziehungsweise im Nachhinein herausgefiltert werden.

Mehr Informationen (auf Englisch):
http://hkupop.hku.hk/english/release/release1164.html

Neelke Wagner
Politikwissenschaftlerin, Redakteurin des **md**magazins.

TRANSPARENZ, DEMOKRATIE, MITBESTIMMUNG

Die „Sonnenblumen-Bewegung“ in Taiwan wehrt sich gegen ein Handelsabkommen mit China. Gregor Hackmack war als Gast einer Demokratie-Konferenz kürzlich in Taiwan und hat dort mit vielen Aktiven gesprochen.

FRAGEN **NEELKE WAGNER** FOTO **MAX CHU (FLICKR)**

Massenbesetzung einer Hauptstraße in Taipeh am 30. März 2014, um gegen den Handelspakt mit China zu protestieren.

Massendemonstrationen, Blockaden und sogar eine dreiwöchige Parlamentsbesetzung – was ist los in Taiwan?
Auslöser der Proteste war ein geplantes Freihandelsabkommen mit China. Vor allem die jüngeren Leute haben Angst, dass Taiwan durch das geplante Abkommen noch enger an China gebunden wird und dass dadurch die Demokratie in Taiwan ins Hintertreffen gerät. China ist viel größer als Taiwan, auch wirtschaftlich. Die Regierung verhandelt das Abkommen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Widerstand dagegen hat sich dann ausgedrückt in den Protesten und schließlich in der Parlamentsbesetzung. Die Studierenden wollten verhindern, dass das Parlament das Abkommen, das bereits unterzeichnet ist, zu schnell ratifiziert.

„Egal, mit wem ich gesprochen habe: Alle wollen mehr Transparenz, mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung."

GREGOR HACKMACK

Proteste gegen ein Handelsabkommen – da denke ich natürlich gleich an TTIP und CETA. Ist die Situation in Taiwan vergleichbar?
Es ist insofern vergleichbar, als auch dort über ein Freihandelsabkommen die Demokratie ausgehebelt werden soll und das sehr viel offensichtlicher als hier. Diejenigen, die mit China Handel treiben und damit Geld verdienen, wollen das Abkommen unbedingt und nehmen dafür auch Einschränkungen der Demokratie in Kauf. Aber die Zivilgesellschaft stemmt sich dagegen.

Wie sind die Proteste organisiert?
Soweit ich weiß, war die Zivilgesellschaft vor den Protesten nicht gut organisiert. Es gab hier und dort Proteste, aber die Selbstbezeichnung „Sonnenblumen-Bewegung" ist relativ neu. Es waren zunächst hauptsächlich Studierende, die protestiert haben. Ihnen haben sich dann andere Gruppen angeschlossen. Grundsätzlich geht die Bewegung sehr stark von jungen Menschen aus. Inzwischen vernetzen sich die Aktiven intensiv untereinander, beispielsweise mit der Anti-Atom-Bewegung (siehe **md**magazin Nr. 101). Derzeit wird sogar diskutiert, ob man eine eigene Partei gründen sollte oder lieber eine Bürgerrechtsbewegung bleiben will. Ein Vorbild sind die deutschen Grünen, die Sonnenblume als Symbol ist nicht ganz zufällig.

Die Bewegung bezieht sich sehr stark auf die taiwanesische Demokratie, die zu schützen und auszubauen sei. Was sind die Forderungen?
Egal, mit wem ich gesprochen habe: Alle wollen mehr Transparenz, mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung. Was angefangen hat als Protest gegen das Freihandelsabkommen, beginnt sich längst zu einer Demokratiebewegung zu entwickeln. Eines sollten wir nicht vergessen: Im Gegensatz zu China hat Taiwan seit etwa 20 Jahren eine einigermaßen funktionierende Demokratie. Die wollen die Protestierenden nicht nur erhalten, sondern auch verbessern. Interessanterweise wird gerade auch die direkte Demokratie in Taiwan als wichtige Chance gesehen. Es gibt bereits eine gesetzliche Regelung für Volksentscheide, allerdings sind die Hürden, etwa das Beteiligungsquorum von 50 Prozent, sehr hoch. Die Leute sind hier sehr selbstbewusst, schauen sich um nach Möglichkeiten, wie sie ihre Demokratie besser gestalten können.

Gibt es Verbindungen zu den Protesten in Hongkong?
Die Protestierenden in Taiwan stehen mit der Bewegung in Hongkong in engem Austausch. Letztlich begreifen sich auch Taiwanes/innen als Chines/innen – sie sprechen die gleiche Sprache und sind sich auch kulturell sehr nah. Das finde ich das Spannende an Taiwan, dass die Menschen dort zeigen und auch zeigen wollen, dass chinesische Kultur und Demokratie sehr wohl vereinbar sind. Hier ist viel in Bewegung, das müssen wir uns viel stärker anschauen.

Und wie definieren die Protestierenden das Verhältnis zu China?
Sie wünschen sich auch eine Annäherung, aber eine unter demokratischen Vorzeichen. Das ist auch ein Teil des Konfliktes mit der Regierung. Dem Präsidenten Ma Ying-Jeou wird unterstellt, er strebe eine Vereinigung mit China unter autoritären Vorzeichen an. Dazu passt das Freihandelsabkommen. Die Sonnenblumen-Bewegung sieht Taiwan eher als eine Art Blaupause an, für ein wiedervereinigtes und dann demokratisches China. Die Auseinandersetzung um diese Dimension der Bewegung hat gerade erst begonnen. /

TAIWAN: EINE CHINESISCHE DEMOKRATIE
Die „Republik Taiwan", wie sich der Inselstaat selbst nennt, ist seit 1949 ein von China unabhängiger Staat, der jahrzehntelang von einer Militärdiktatur beherrscht wurde. Erst seit 1987 entwickelte sich das Land schrittweise zu einer Demokratie. Der Konflikt mit der Volksrepublik China, die Taiwan als abtrünnige Provinz betrachtet, bestimmt bis heute das politische Leben des Inselstaats. Die meisten Taiwanes/innen pochen heute darauf, ein eigenständiger Staat zu sein, auch wenn sie China kulturell sehr nahestehen.

Gregor Hackmack
Mitgründer und Betreiber von abgeordnetenwatch.de, Autor des Buches „Demokratie einfach machen" (edition Körber-Stiftung 2014).

AKTION WEST/OST

Der OMNIBUS zur Wendezeit: Johannes Stüttgen erinnert sich im Gespräch mit Andrea Adamopoulos an eine Zeit des Aufbruchs und der Utopien.

Übergang Berlin/Invalidenstraße, 24. Februar 1988

Als der OMNIBUS für Direkte Demokratie 1987 während der documenta in Kassel seine Tour aufnahm, war auf dem Doppeldecker groß das Wort „Deutschland" zu lesen. Auf welches Deutschland bezog sich damals eure Forderung?
Auf ein zukünftiges Deutschland. Aber außer uns hat damals niemand daran geglaubt. Als wir auf der Überfahrt nach Berlin 1988 die Transitstrecke durchfahren mussten, hat der Zollbeamte zu uns gesagt: „Was soll denn Deutschland, Deutschland gibt es doch nicht mehr." Ich habe dann gesagt: „Deutschland gibt es NOCH nicht!" Wir sind wegen dieses Begriffs „Deutschland" von unseren nächsten Mitarbeitern richtig attackiert worden. Wir sollten darauf verzichten, weil der Begriff Deutschland reaktionär sei.

Diese Fahrt geschah im Rahmen der „Aktion West/Ost". Ihr wolltet im Februar 1988 mit dem OMNIBUS nach Ostberlin kommen. Das war doch sicherlich eine echte Provokation? Was war der Hintergrund, mit dem OMNIBUS in den Osten fahren zu wollen?
In dieser Zeit fanden parallel in West- und Ostdeutschland jeweils eine Beuys-Ausstellung statt. Doch weder im Westen noch im Osten wurde die politische Intention von Beuys' Werk thematisiert, nirgends war ein Hinweis auf den gesellschaftspolitischen Impuls seiner Kunst zu finden. Ein wichtiger Bestandteil des Werks von Beuys ist die Idee der Sozialen Plastik, doch diese war in beiden Ausstellungen nicht Bestandteil. Auf dieses Element wollten wir mit dem Omnibus in Berlin aufmerksam machen, da der OMNIBUS ja genau diesen sozial-künstlerischen Aspekt verkörpert. Wir mussten Anträge stellen, um auch nach Ost-Berlin fahren zu dürfen, die wir auch genehmigt bekamen, da die DDR zu dem Zeitpunkt noch keine Ahnung von der Aufschrift hatte. Am Grenzübergang Invalidenstraße mussten wir dann zwei Stunden warten, während die Grenzbeamten hektisch telefonierten, und wurden dann aufgefordert, wieder zurückzufahren. Ein weiterer Hintergrund dieser Aktion war, dass wir die Deutsche Frage am Kochen halten wollten. Wir waren damals tatsächlich die einzige Bewegung in Deutschland, die sich dieser Frage widmete und zwar mit dem Mittel der Kunst.

Bezog sich euer Begriff „Deutschland" auf die Idee, dass Deutschland wiedervereinigt sein könnte? Das war ja wirklich eine Utopie. Habt Ihr das so konkret gefordert?
Bei uns ging es von vornherein nicht bloß um eine Wiedervereinigung, sondern um eine Vereinigung auf einer höheren Stufe. Beide herrschenden Systeme in West und Ost, sprich Privatkapitalismus und Staatszentralismus, waren in meinen Augen für die Zukunft nicht brauchbar. Ich habe mit der Vereinigung Deutschlands immer eine Transformation der Gesellschaftsform auf eine höhere Bewusstseinsstufe verbunden.

Hattet ihr da ein konkretes Ideal?
Ja klar. Das hieß Soziale Plastik und hatte etwas mit einer dreifachen Bestimmung zu tun: die absolute Selbstbestimmung und Freiheit im Geist, die Demokratie beziehungsweise Gleichberechtigung im Rechtsleben und der Sozialismus, sprich die Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben.

Nun befandet ihr euch mit eurem Ideal auf der westdeutschen Seite. Was hat sich nach dem Mauerfall in der OMNIBUS-Arbeit geändert? Wie haben die Menschen in der ehemaligen DDR auf den Begriff Volksabstimmung reagiert?
Zunächst mal sehr positiv. Man hatte den Eindruck, dass es für sie eine richtige Erleichterung war, dass wir nichts mit Parteien zu tun hatten. Zunächst mal. Der OMNIBUS ist in dieser Zeit mit Vorliebe durch die DDR gefahren.

Mit welchen Menschen hattet ihr in der DDR zu tun?
Mit den Menschen auf der Straße, wo der OMNIBUS jeweils seine Station hatte. Das war eine ganz kurze Zeit. Denn es dauerte nicht lange und die herrschenden Parteien überschwemmten die DDR. Da merkten wir, wie schnell diese ursprüngliche Klarheit wieder verloren ging.

Was meinst du mit überschwemmen?
Überschwemmt mit parteipolitischen ideologischen Phrasen. Und mit diesem kapitalistischen Reiz.

Der kapitalistische Reiz ging also von den Parteien aus?
Er wurde von den Parteien verstärkt, denn latent war er natürlich sowieso in der DDR wirksam. Man wollte Reisefreiheit, man wollte natürlich mehr Wohlstand, mehr Privates, man wollte Pluralismus haben. Für uns waren diese Forderungen – wir hatten gut reden – für uns waren sie zu vordergründig. Wir hatten und haben bis heute weiterreichende Perspektiven im Auge. Wirkliche Freiheit und Selbstbestimmung, wirkliche Demokratie sprich Direkte Demokratie, wirkliche Arbeitsteiligkeit im Wirtschaftsleben, Arbeit für andere.

Diese tiefere Perspektive habt Ihr in der Kunst begründet. War denn der künstlerische Ursprung eurer Arbeit in dieser Zeit des politischen Umbruchs überhaupt Thema? Konntet Ihr den künstlerischen Ursprung vermitteln?
Ich weiß nicht, ob wir ihn vermitteln konnten. Wir haben ihn jedenfalls treu getragen. Das heißt, wer es mit uns zu tun hatte, mit dem OMNIBUS, der hatte es mit dem Kunstbegriff zu tun und das wurde ununterbrochen deutlich.

Kamen auch Menschen aus der ehemaligen DDR mit einem derartigen Verständnis Eurer Arbeit auf Euch zu?
Ja, auf jeden Fall! In einem Interview für die „Reiterin“, eine ostdeutsche alternative Zeitung aus Dresden, wurde ich genau nach diesem Kunstaspekt gefragt. Dort kann man auch nachlesen, wie primär damals die Forderung nach Direkter Demokratie auch bei den Bürger/innen der DDR war. Mir war wichtig, dass es nicht um die Frage geht, durch welches neue System das herrschende System ersetzt werden solle, sondern darum, dass wir gar kein System mehr brauchen. Wir wollten eine Gesellschaft, die als Kunstwerk in Erscheinung tritt. Die Menschen in der DDR konnten sich nicht vorstellen, dass jetzt wieder Parteien das Sagen haben sollten. Aber diese Offenheit und Freiheit ging relativ schnell verloren – jedenfalls im Bewusstsein.

Und wie kam es 1990 zu der Idee der Aktion Baumkreuz?
Das war die Idee, diese Vereinigung durch ein Bild, durch eine Skulptur in Erscheinung zu bringen. Die Straßen zwischen Ost und West werden geöffnet und wir machen aus den Straßen Alleen; das heißt, wir verknüpfen diese Verbindung sofort mit der ökologischen Idee. Mit der äußeren Korrektur der Grenzen ist es nicht getan, wir müssen auch die Mauern in uns selbst überwinden. Joseph Beuys hat dazu im Jahr 1968 gesagt: „Beuys empfiehlt Erhöhung der Berliner Mauer um fünf Zentimeter (bessere Proportion)“. Er wollte damit zum Ausdruck bringen: Wenn schon die Mauer überwunden werden soll, dann muss auch die ideologische Mauer in uns überwunden werden. Und davon kann ja bis heute keine Rede sein.

Das Baumkreuz war eine sehr komplexe Idee. Einerseits die Baumpflanzaktion, die eine Fortsetzung der Aktion 7.000 Eichen von Beuys in Kassel gewesen ist. Zum anderen die Verbindung von Kunst und Wirtschaft. Die Kreuzform entstand ganz organisch durch die Verbindung der innerdeutschen Grenze (Nord-Süd) mit der Bundesstraße B7 (West-Ost). Genau an dieser Kreuzungsstelle haben wir unsere jährlich stattfindende Pflanzung begonnen und 25 Jahre lang durchgeführt.

Hast du den Eindruck, dass wir heute, 25 Jahre später, der deutschen Frage schon etwas näher gekommen sind?
Äußerlich gesehen habe ich keinen Grund zu diesem Eindruck. Es scheint eher so, als würde der Kapitalismus noch einmal richtig zuschlagen – ein Indiz dafür, dass er am Ende ist. Die Mittel, derer er sich jetzt bedient, sind dermaßen unannehmbar, dass ich davon ausgehe, dass immer mehr Menschen davon Abstand nehmen. Allerdings: Der Kapitalismus ist ein sehr komplexer Zustand, weil er in den Menschenseelen selber herrscht. Solange man im Ernst die Profitmaximierung für das oberste Ziel der Wirtschaft hält, wird sich nennenswert nichts ändern.

Würdest Du sagen, dass es bis heute keine gültige Antwort auf die Deutsche Frage gibt?
Mittlerweile ist die Deutsche Frage die europäische Frage geworden. Und auf die gibt es natürlich eine Antwort! Sie wird nur noch nicht generell zur Kenntnis genommen. Sie besteht in der Idee einer bedarfsorientierten Wirtschaft und eines von der Wirtschaft befreiten Geldwesens, das demokratisiert wird. Auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Menschen und der Erde, denn die will auch selbstbestimmt sein. Dafür ist der Mensch das Bewusstseinsorgan. Die Wale, die Frösche, die Eulen, die ja unsere engsten Mitarbeiter sind, pochen darauf, dass der Mensch endlich seine Aufgabe erfüllt. /

Johannes Stüttgen
Künstler, Mit-Initiator des OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE.

Andrea Adamopoulos
langjährige Mitarbeiterin des OMNIBUS.

DAS RÄDERWERK DER ANGST

Unter den Augen der Staatssicherheit.

TEXT **RALF-UWE BECK**

FOTO **BUNDESARCHIV, BILD 183-1990-0528-033 / FOTOGRAF: WOLFGANG KLUGE**

Als im Herbst 1989 tausende Menschen überall in der DDR erst in die Kirchen und von da aus auf die Straßen und Plätze zogen, haben sie demonstriert für das tägliche Brot der Demokratie, für freie und geheime Wahlen, Presse- und Versammlungsfreiheit. Gegendemonstrationen gab es keine. Es hatte den Anschein, als seien sich alle darin einig, sich aus den diktatorischen Verhältnissen befreien zu wollen. Wie konnte der Staat seine 17 Millionen Einwohner/innen, die offensichtlich längst innerlich „gekündigt“ hatten, so lange im Zaum halten? Die Antwort: Indem er sie eingesperrt hat. Und – durch Angst.

In jeden Kopf war ein Räderwerk der Angst eingesetzt. Immer, wenn ein kritischer Gedanke hätte ausgesprochen werden sollen, setzte sich das Angst-Getriebe in Gang: Wer könnte das hören und notieren? In welcher Akte würde es vermerkt werden? Was könnten die Konsequenzen sein, welche Repressalien hätte ich zu erwarten? Könnte es Auswirkungen haben auf die Ausbildung meiner Kinder, auf deren Lehrstelle, den Studienplatz? Selbst Kinder im Vorschul-Alter hatten dies verinnerlicht. Sie waren von ihren Eltern und Großeltern darin trainiert, zu unterscheiden, was öffentlich, beispielsweise im Kindergarten, ausgesprochen und erzählt werden durfte und was besser nie die Wohnung verlässt.

Allgegenwärtige Überwachung

Garant für Angst und Anpassung war die Stasi. „Horch und Guck“, wie die die Staatssicherheit im Volksmund hieß, war immer und überall. Zuletzt, 1989, hatte sie 91.000 hauptamtliche und 174.000 inoffizielle Mitarbeiter/innen (IM), die verdeckt arbeiteten und das eigene Volk ausspionierten. Statistisch gesehen gingen also in einem Dorf mit 1.000 Einwohner/innen rund 15 Personen Spitzeldiensten nach. Da nicht bekannt war, wen die Stasi rekrutiert hatte, musste man immer damit rechnen, dass ein IM zum Kreis der Arbeitskolleg/innen gehört, unter den Kommiliton/innen ist, bei Dorffesten Augen und Ohren aufsperrt, mit am Kneipentisch sitzt und im Kirchenchor mitsingt. Kaum etwas blieb der Stasi verborgen, sie hatte das gesamte gesellschaftliche Leben wie ein Myzel durchdrungen – im „Dienste des Sozialismus“ und um das Land zu schützen vor dem „imperialistischen Klassenfeind“.

Welche Angst-Macht die Stasi hatte, wurde mir bei einer der Demonstrationen im Herbst ’89 bewusst: Eine große Menschenmenge zog skandierend durch die Innenstadt. Doch als der Demonstrationszug am Gebäude der Staatssicherheit vorbeiging, wurde er zu einem Schweigemarsch. Niemand rief

Kundgebung des Neuen Forums am 28. Mai 1990 in Leipzig.

etwas, alle verstummten. Bei einer späteren Demonstration konnte ich erleben, wie ein Arbeiter auf den Rand des Brunnens auf dem Marktplatz stieg, um zu den Menschen zu sprechen. Er begann seine Rede mit: „Ich heiße …, ich wohne …, ich arbeite in … .“ Die Stasi hatte, das dokumentierte der Mann vor aller Augen und Ohren, keine Macht mehr über ihn. Der Vorhang zwischen der Stasi und uns Bürger/innen wurde endgültig beiseite geschoben mit der Besetzung der Stasizentralen, der Entwaffnung, der Abschaltung der Abhöranlagen und der Sicherstellung der Akten.

Bespitzelung und Manipulation

Ich bin oft gefragt worden, ob mich erschreckt hat, was ich später in den Stasi-Akten nachlesen konnte. Nein, die Berichte haben mich nicht verwundert. Eher hat mich belustigt, welche Bagatellen die Spitzel zusammengetragen hatten. Fotos allerdings von Veranstaltungen, die aus einer Aktentasche heraus gemacht wurden, oder genaue Zeichnungen unseres Hauses, auf denen markiert war, wo wir Zitate von Bertolt Brecht oder Rosa Luxemburg ins Fenster gehängt hatten, die als Regimekritik zu verstehen waren – das lese ich heute mit Genugtuung: Offensichtlich haben wir diesen Staat doch auch verunsichert, warum sonst der Aufwand. Manches, nicht viel, hat die Stasi nicht erfahren. So bekam ich von Freunden ein Mini-Labor für Wasseruntersuchungen auf einem Autobahn-Parkplatz an der Transitstrecke nach Westberlin zugeschoben. Ich hatte wahnsinnige Angst. Wir hatten uns über verabredete Codes per Telefon verständigt und das hat geklappt.

Erschreckt hat mich, dass die Stasi nicht nur das Alltagsleben der Bürger/innen ausspioniert, sondern Biografien beeinflusst hat. Mich hat die Stasi, so das erklärte Ziel, wegen politischer Untergrundtätigkeit verfolgt, um Material für eine Anklage zu sammeln. Sie hat aber nicht darauf gewartet, bis ich einen strafrechtlich relevanten Fehler mache, sondern sie hat ihre Spitzel eingesetzt, um mir die Rückendeckung von Vorgesetzten zu entziehen, um Gerüchte zu streuen. Sie wollte sogar einen Spitzel ansetzen, der meine Frau anbaggern sollte.

„Ich begrüße alle, die beruflich hier sein müssen!“

Dabei war uns die Existenz der Stasi immer bewusst. Ich war damals in einer Umweltgruppe aktiv. Wir sind ganz selbstverständlich davon ausgegangen, dass auch ein IM in der Gruppe sein kann. Bei vielen Veranstaltungen wurden nicht nur die Gäste begrüßt, sondern auch diejenigen zynisch willkommen ▸

geheißen, „die beruflich hier sein müssen“. Wir haben kontrollierter geredet und Kritik am Staat begründet vorgetragen, weniger unüberlegt. In der Gruppe haben wir alles diskutiert, aber im Bewusstsein formuliert, dass es Konsequenzen haben könnte. Ich erinnere mich daran, dass ich, bevor ich manche Sätze aussprach, mich innerlich vergewissert habe, ob ich tatsächlich bereit bin, dafür beispielsweise in den Knast zu gehen. Dann erst habe ich geredet. Die Freiheit der Rede ging am Gängelband der Gefahr.

Immer hat uns beschäftigt, wer in der Gruppe für die Stasi arbeiten könnte. Wir haben die Gruppe bewusst klein gehalten und Menschen, die sich uns anschließen und sich engagieren wollten, auch vergrault, weil wir ihnen nicht trauen wollten und keine Mechanismen hatten, sie zu „überprüfen“. Offen als IM verdächtigt haben wir allerdings nie jemanden. Uns war klar, dass wir sie oder ihn damit zugleich sozial ächten würden, würde sich der Verdacht als falsch erweisen. Wir haben Tricks angewandt, um herauszufinden, wer IM sein könnte. So haben wir gezielt Fehl-Informationen gestreut, um festzustellen, welchen Weg sie nehmen, in der Hoffnung, zu erfahren, wer uns verrät. Einmal habe ich sogar die Taschen und Papiere, die jemand bei einem Treffen vergessen hatte, durchsucht, um herauszufinden, ob es Hinweise auf eine Spitzeltätigkeit gibt, und habe so selbst Grenzen überschritten. Herausgefunden haben wir nie, wer die IM waren. In fast allen Personen haben wir uns getäuscht.

Das Verhältnis von Opfern und Tätern ist bis heute nicht aufgearbeitet. Nie hat es in den fast 25 Jahren seit der Revolution ein Klima gegeben, in dem offen und öffentlich eine Verständigung möglich gewesen wäre. Das ist für die Opfer tragisch, die von Freund/innen, Nachbar/innen, ja Familienmitgliedern verraten worden sind und deren Verletzungen immer wieder aufreißen. Manche tragen bis heute den Hass vor sich her wie eine Monstranz und verweigern sich jedem Gespräch mit früheren Funktionär/innen. Eine differenzierte Sicht auf die Täter ist so kaum möglich. Manche/r IM wurde von der Stasi erpresst, um Spitzeldienste zu leisten, gewissermaßen ein Täteropfer. Auf mich war ein Kollege als IM angesetzt, der – nachdem er sich gestellt hatte – mir in einem langen Gespräch vermittelt hat, wie sehr er selbst unter der Spitzeltätigkeit gelitten hat. Er ist mir, so gut es ging, aus dem Weg gegangen, um nicht über mich berichten zu müssen. Damit ist noch nicht entschuldigt, dass er tatsächlich Dinge berichtet hat, die mir hätten gefährlich werden können. Er ist sofort aus dem Dienst entlassen und mit Berufsverbot belegt worden. Das ist mehr als 20 Jahre her. Hätte er nicht später wieder zurückkehren dürfen in seinen Beruf? Was ist gerecht? Für die Stasitätigkeit gibt es kein Strafmaß, keine Verurteilung, keine Anklage durch die Opfer, keine Verteidigung der Täter. Opfer können nicht nachfragen, Täter sich nur schwer bekennen und um Vergebung bitten. Diesen geschützten Raum hat es nie gegeben. Hier hat die Gesellschaft versagt und so wirkt das Gift des Hasses, den die Stasi gestreut hat, bis heute nach.

Welche Lehren können wir ziehen?

Wir haben uns aus diktatorischen Verhältnissen befreit und im Frühjahr 1990 die beste DDR aller Zeiten erlebt – ohne Geheimdienst, mit Runden Tischen, geöffneten Grenzen und dem Erlebnis der Freiheit. Diese Freiheit aber darf sich nicht erschöpfen in Konsum- und Reisefreiheit. Wirklich frei ist eine Gesellschaft nur, wenn ausnahmslos alle Menschen die Bedingungen, unter denen sie leben, selbst beeinflussen können. Von diesem Anspruch sind die Geheimdienste nicht ausgenommen. Sie dürfen nicht zum Staat im Staate werden. Auch für konspirativ tätige Behörden kann es keinen demokratiefreien Raum geben, sie müssen kontrolliert werden. Das schärfen auch die jüngsten Skandale um NSA und NSU ein. Die Morde, begangen von der Nazi-Terrorgruppe NSU, hätten vermutlich verhindert werden können. Der Verfassungsschutz hat Ermittlungen gezielt sabotiert, um seine Informant/innen zu schützen, anstatt das Leben von Menschen. Bis heute sind hier viele Fragen offen, Verantwortlichkeiten nicht geklärt, auch weil Korpsgeist über Demokratie und Rechtsstaat gestellt wird. Wir brauchen starke parlamentarische Kontrollgremien, aber auch eine öffentliche Debatte darüber, ob und in welchem Umfang es Geheimdienste überhaupt geben muss, was sie tun und lassen sollen. Nur wenn wir Bürger/innen sein können, für die der Staat da ist, nicht umgekehrt – dann vergeht die Angst. /

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

LESERBRIEFE

Klaus Grieger aus Mainz schreibt zum Artikel „Krim, Donezk, Katalonien …" von Dr. Paul Tiefenbach (**md**magazin Nr. 101, S.18):

Ich stimme der Beschreibung zu, dass ein Grundrecht auf Volksentscheide zu Grenzveränderungen gewaltsame Konflikte verhindern würde. Allerdings sehe ich es kritisch, dass sich eine Region einfach per Volksentscheid von einem Land abspaltet. Es ist das gute Recht der Menschen, in ein anderes Land auszuwandern. Wenn sie dabei ihre Region samt der Infrastruktur einfach mitnehmen, so schädigen sie das abgebende Land. Es wäre daher geboten, dass die gesamte Bevölkerung des Landes an der Abstimmung teilnimmt und nicht nur diejenigen aus der direkt betroffenen Region.

In dem Artikel wird das Argument genannt, dass die zentrale Regierung der Region im Rahmen des Volksentscheides Zugeständnisse machen könnte, um eine Mehrheit für eine Abspaltung zu verhindern. Das würde aber schnell dazu führen, dass Regionen, die reich an Bodenschätzen oder Infrastruktur sind oder über eine günstige geographische Lage verfügen, das abgebende und das aufnehmende Land gegeneinander ausspielen könnten. Dies würde auf Kosten der Menschen in anderen Regionen geschehen. Es würde schnell ein Markt entstehen, auf denen wirtschaftlich erfolgreiche Regionen sich zum Kauf anbieten und sich kapitalkräftige Länder beziehungsweise imperialistische Großmächte vergrößern könnten.

Eine Loslösung einer Region von einem Land müsste immer damit verbunden sein, dass die Erträge aus Bodenschätzen und Infrastruktur weiterhin dem abgebenden Land zugute kommen. Vermutlich würden einige Freiheitsgedanken dann schnell an Attraktivität verlieren. /

Herbert Greipl stellt sein „Denk- und Diskussionsmodell für ein neues Justizsystem" zur Debatte und regt die Gründung eines AK Recht bei Mehr Demokratie an:

Die Justiz gehört zum Wichtigsten, das ein Volk hat. Deshalb sollen die Bürger/innen Vertrauen in ihre Justiz haben und dort Schutz finden können, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Nicht nur die in der Öffentlichkeit diskutierten Justizfälle und Demonstrationen zeigen, dass viele Bürger/innen mit der Justiz nicht zufrieden sind.

Wir Bürger/innen können nicht erwarten, dass diejenigen, die von unserem Justizsystem Vorteile haben, von sich aus dieses System ändern wollen. Deshalb müssen wir Bürger/innen dafür sorgen, dass wir ein Justizsystem bekommen, das nicht zulässt, dass die Justiz im Interesse der Mächtigen zum Nachteil von uns Bürger/innen handelt.

Ich habe mehreren Dutzend Gerichtsverhandlungen beigewohnt, auch im Ausland, habe mit Richter/innen, Staats- und Rechtsanwält/innen, Kläger/innen und Beklagten, deren Angehörigen und anderen direkt und indirekt an Prozessen Beteiligten gesprochen und konnte miterleben, wie Richter/innen durch das Volk bestimmt oder auch abgesetzt wurden.

Meine Erfahrungen habe ich in das *Denk- und Diskussionsmodell für ein neues Justizsystem* eingebracht, das online zu finden ist (siehe Link unten). Es beschreibt eingangs, wie die jetzige Justiz entstanden ist. Daran schließen konkrete Diskussionsvorschläge für ein realisierbares Justizsystem an, das in die direkte Demokratie eingebunden ist und das allen Bürger/innen gerecht werden kann.

So, wie über die Details der Tore bei Fußballspielen diskutiert wird, so soll über die einzelnen Vorschläge im Diskussionsmodell gesprochen werden. Jede/r darf (und soll!) die eigene Meinung und Verbesserungsvorschläge einbringen. Neben Gesprächen in der Familie, mit Nachbar/innen, Freund/innen und Kolleg/innen kann die Diskussion im Internet stattfinden, in Mailingrunden und in bestehenden Foren.

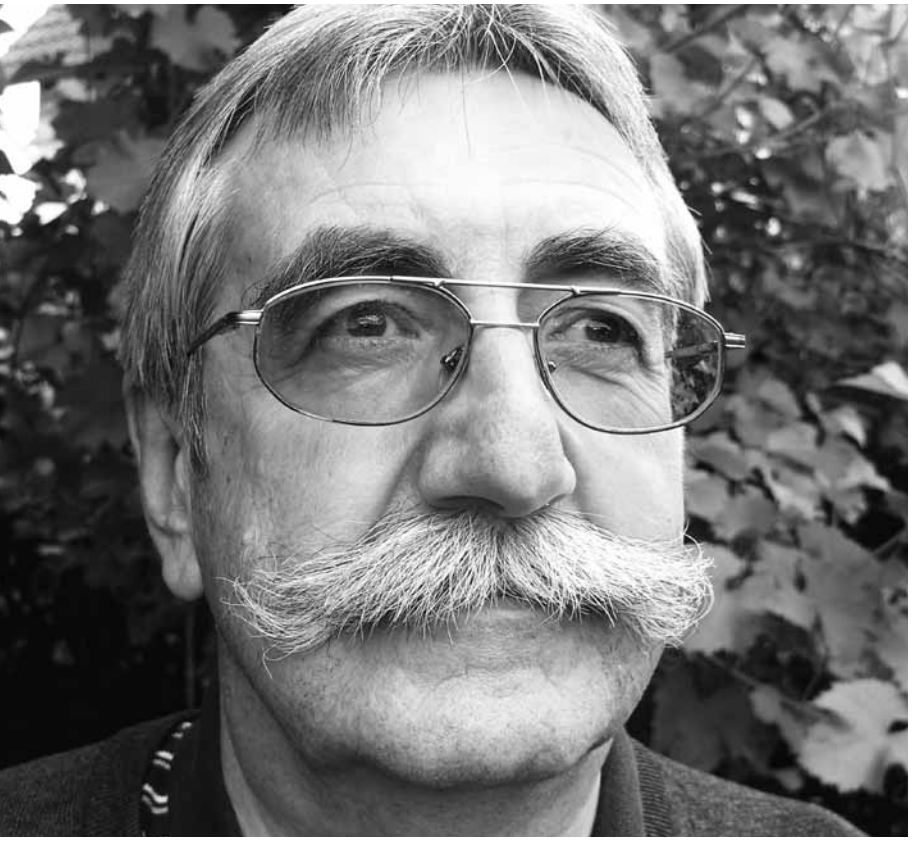
Zur nächsten Bundesmitgliederversammlung am 22. November 2014 will ich einen Antrag zur Gründung eines Arbeitskreis Recht einbringen. Wer macht mit? /

TIPP Das Diskussionspapier von Herbert Greipl finden Sie hier: http://tinyurl.com/greipls-justizmodell

Der Autor freut sich über Nachrichten an h.greipl@gmail.com, besonders um den Antrag für eine Debatte über das Thema auf der Mitgliederversammlung vorzubereiten.

UNSERE AKTIVEN

Dieses Mal: Heinz-Dieter Töller aus Rösrath



Mein politisches Interesse wurde durch einen Lehrer geweckt, der den Geschichtsunterricht lebendig gestaltete. Anregungen, die repräsentative Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung zu ergänzen, gab es jedoch im Unterricht Anfang der Sechziger Jahre nicht – ich befürchte, heute auch noch nicht.

Ende der Sechziger Jahre war ich in einer politischen Jugendorganisation aktiv und habe für Willy Brandt Wahlplakate geklebt. „Mehr Demokratie wagen" war eine seiner Forderungen. Veränderungen in diese Richtung blieben jedoch aus. Nachdem ich Mitte der Siebziger Jahre eine Familie gegründet hatte, blieb ich politisch interessiert, jedoch als passives SPD-Parteimitglied. Auch in dieser Zeit kamen parteiintern keine Anregungen, den Status Quo zu verändern. Ich glaube, eine exorbitante Diätenerhöhung im Bundestag hat mich dann dazu veranlasst, 1995 aus der Partei auszutreten. Die Parteipolitik hatte mich frustriert.

Danach dauerte es noch fast zehn Jahre, bis ich den Weg zu „Mehr Demokratie" fand. Ich wollte mich dafür engagieren, dass Bürger/innen selbst darüber entscheiden dürfen, welche Kompetenzen sie an ihre Volksvertreter/innen übertragen, was bedeutet, dass sie und nicht die Volksvertreter/innen das Heft in der Hand haben. Schließlich bestimmt zum Beispiel in einem mittelständischen Familienunternehmen der Chef darüber, welche Kompetenzen und Vertretungsvollmachten sein Prokurist erhält. Würde der Prokurist versuchen, sich darüber hinwegzusetzen, müsste er sich bald nach einem anderen Arbeitsplatz umsehen. In einer Demokratie ist das Volk der Chef und sollte deshalb bestimmen können, welche Entscheidung im Parlament und welche direkt im Volksentscheid getroffen werden soll.

Seit meinem Eintritt ins Rentenalter habe ich die nötige Zeit, mich mit dem Thema intensiv zu beschäftigen. Ich habe das „Handbuch zur Direkten Demokratie in der Schweiz und weltweit" gelesen, was sicherlich ein guter Einstieg war. Ich habe für Aktionen von Mehr Demokratie Unterschriften gesammelt und Info-Material verteilt. In den letzten zwei Jahren habe ich mit zwei weiteren Aktiven vor Ort immer wieder Infostände gemacht. An dieser Stelle ein besonderer Dank an meine Mitstreiter!

Ein Schwerpunkt meines Engagements liegt in der Korrespondenz mit Politiker/innen aller Couleur sowie mit den Medien, um als Privatperson für direkte Demokratie zu werben. Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, dass sich Angehörige der CDU/CSU, mit Ausnahme von Peter Gauweiler, als einzige offen gegen bundesweite Volksentscheide aussprechen. Dagegen haben die übrigen Parteien zwar entsprechende Passagen in ihren Parteiprogrammen, setzen sich aber nicht öffentlichkeitswirksam dafür ein. Die Medien unterstützen die Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid ebenso wenig. Deutlich wird das zum Beispiel am jüngsten Vorstoß der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Sie hatte eine Gesetzesinitiative in den Bundestag eingebracht zur Volksabstimmung auf Bundesebene. Keine Meldung in den Medien. Ich habe erst über den OMNIBUS darüber erfahren.

Wenn ich einen Gesprächspartner nicht von den Vorzügen der direkten Demokratie überzeugen kann, frage ich ihn, ob wir uns nicht auf Folgendes verständigen könnten: „Warum fragen wir nicht das Volk bei einer Volksabstimmung, ob es Volksabstimmungen will?" /

Heinz-Dieter Töller
langjähriges Mitglied bei Mehr Demokratie, aktiv im Landesverband Nordrhein-Westfalen.

KONTAKT

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Postfach 101301, 80087 München
Tel. 08071-597 51 20
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371
tim.weber@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028
info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Friedrich-Ebert-Ufer 52, 51143 Köln
Tel. 02203-59 28 59, Fax 02203-59 28 62
nrw@mehr-demokratie.de

Landesbüro Sachsen
Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig
Tel./Fax 0341-30 65 140
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Tel. 0365-548 187 17, Fax 0321-210 904 14
Ralf-Uwe Beck 0172-796 29 82
thueringen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Holger Kintscher, Matthias Klarebach,
Dirk Oestreich
vorstand@md-hessen.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Gert Winkelmeier
Tel. 02684-61 07, Fax 02684-959 291
gert.winkelmeier@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Robert Karge
Tel. 06805-942 86 98
karge.mds@gmail.com

Ansprechpartner Schleswig-Holstein
Rolf Sörensen
Tel. 04671-93 02 56
md.schleswig-holstein@gmx.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Martin Giersch (Halle)
Tel. 0345-203 25 04
martin.giersch@mehr-demokratie.de
Christian Heimann (Magdeburg)
Tel. 0179-673 92 13
christian.heimann@mehr-demokratie.de

ARBEITSBEREICHE

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Illo Lehr, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Pressesprecherin
Anne Dänner, Büro Berlin
presse@mehr-demokratie.de

Internet
Charlie Rutz (Redaktion), Büro Berlin
charlie.rutz@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
Michael Efler, Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet, Büro Hamburg
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Michael Efler, Büro Berlin
michael.efler@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Daniel Schily, Büro NRW
daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Stefan Padberg
stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Bayern
beratung@mehr-demokratie.de
Thorsten Sterk, Büro NRW
thorsten.sterk@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Christian Büttner, erreichbar über Büro Ba-Wü
christian.buettner@mitentscheiden.de
Martin Burwitz, erreichbar über Büro Berlin
martin.burwitz@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie
Karl-Martin Hentschel
karl.m.hen@googlemail.com

Beratung von Bürgerbegehren
Bei den Landesbüros oder zentral:
beratung@mehr-demokratie.de

BUNDESBÜROS

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

IMPRESSUM

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Redaktion
Neelke Wagner
Redaktionsanschrift:
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement
18 Euro für vier Ausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von
Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis
durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen
Preisliste Nr. 4 vom 11.4.2012

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH&Co.KG
100% Umweltpapier

Konto
Mehr Demokratie, BfS München
IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105
BIC: BFSWDE33MUE

Kleingedrucktes
Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss
Für Heft 1/2015: 15.11.2014

Bildnachweis
Soweit nicht anders angegeben,
stammen alle Bilder dieser Ausgabe
aus unserer Datenbank.

Gestaltung
Liane Haug, Susanne Appelhanz,
Neelke Wagner

Bestellen Sie unsere Materialien!

Die wissenschaftlichen Berichte und Rankings informieren über den aktuellen Stand der direkten Demokratie und des Wahlrechts in Deutschland – allgemeinverständlich, fundiert und ausführlich.
Der Flyer gibt einen Überblick über die Ziele und Erfolge von Mehr Demokratie. Geben Sie ihn an Freunde und Verwandte weiter, die an unserer Arbeit interessiert sein könnten!
Das neu aufgelegte und vollständig überarbeitete „kurz&bündig" erläutert ausführlich die Philosophie, die Arbeit und die Themen von Mehr Demokratie – für alle, die sich umfassend über Forderungen und Argumente von Mehr Demokratie informieren wollen.
Dem Kuratorium von Mehr Demokratie ist eine eigene Broschüre gewidmet, die die Arbeitsweise und sämtliche Mitglieder dieses Gremiums vorstellt.

Ich möchte folgende Publikationen bestellen:

[ ] _____ Exemplare des Grundlagenheftes „kurz&bündig"

[ ] _____ Exemplare des Info-Flyers „Mehr Demokratie"

[ ] _____ Exemplare des Gesetzentwurfs von Mehr Demokratie zur Einführung bundesweiter Volksentscheide

[ ] _____ Exemplare des aktuellen Bürgerbegehrensberichts

[ ] _____ Exemplare des aktuellen Volksbegehrensberichts

[ ] _____ Exemplare des aktuellen Volksentscheidsrankings

[ ] _____ Exemplare des aktuellen Wahlrechtsrankings

[ ] _____ Exemplare der Kuratoriumsbroschüre

Vorname, Nachname

Adresse

Telefon (für Rückfragen) E-Mail (für Rückfragen)

Ort, Datum, Unterschrift

[ ] Ich möchte einmalig spenden,

und zwar einen Betrag von _____ EUR.

[ ] SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige Mehr Demokratie e.V. bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von Mehr Demokratie e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das SEPA-Lastschriftmandat gilt für wiederkehrende und einmalige Zahlungen. Für die Vorabinformation über den ersten Zahlungseinzug und die Übermittlung der Mandatsreferenznummer wird eine Frist von mindestens fünf Kalendertagen vor Fälligkeit vereinbart.

Anschrift: Mehr Demokratie e.V., Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Gläubiger-ID: DE26ZZZ00000033645
Mandatsreferenznummer: wird separat mitgeteilt

IBAN

BIC

Bank

Bitte senden Sie die Antwortkarte an:
Mehr Demokratie e. V., Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
oder per Fax an 07957-924 99 92.